

Chronologie Schweiz-Südafrika 1986

Bestandesaufnahme Archiv der Aktion Finanzplatz Schweiz

Preis: Fr. 75.- pro Jahr; alle 6 Jahre (1985-90): Fr. 400.-

Kopien der einzelnen Artikel können bei der AFP bezogen werden (je Fr. 3.50).

bei beidseitigem druck diese seite mit einer weissen seite ersetzen

1-ZA: Zeitungsarchiv der Aktion Finanzplatz Schweiz

“Presseschau”: Presseschau zur Parlamentarischen Initiative “Südafrika Sanktionen. Umgehung durch die Schweiz”, zusammengestellt vom Dokumentationsdienst der Bundesversammlung (abgelegt zuhinterst im Zeitungsarchiv-Kuvert 1986, nicht chronologisch)

1-86 1-ZA

PW Botha über Freilassung Mandelas

“I should now like to pose the following very important question: If I were to release Mr Mandela on humanitarian grounds, could Captain Wynand du Toit [South African Defence Force, imprisoned in Angola], Andrei Sakharov and Anatoly Shcharansky not also be released on humanitarian grounds? A positive response to this question could certainly form the basis of negotiations between interested Governments.”

PW Botha vor dem südafrikanischen Parlament, Januar 1986
(Financial Mail (SA), 1.9.87)

1-86 1-ZA

Wirtschaftssanktionen gegen SA – Argumente und Thesen

Rainer Falk

“1. Gefährdet ein Staat den Frieden und die internationale Sicherheit, so kann die internationale Gemeinschaft unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta umfassende und bindende Sanktionen gegen dieses Land verhängen.” Im Falle SAs ist dies nicht nur möglich, sondern zwingendes völkerrechtliches Gebot – weil der Apartheidstaat gleich in dreifacher Hinsicht gegen geltendes Völkerrecht verstösst:

> Aufgrund der internationalen Konvention zur Verfolgung und Bestrafung des Apartheid-Verbrechens gilt Apartheid als “Verbrechen gegen die Menschlichkeit”. Aufgrund der ihm eigenen Aggressivität nach innen und nach aussen stellt das Apartheidsystem ein “ernsthaftes Hindernis für die internationale Zusammenarbeit und den Frieden” dar

> Die fortgesetzte Besetzung Namibias ist ein eklatanter Völkerrechtsbruch, seit die Uno-Vollversammlung als Rechtsnachfolgerin des Völkerbundes im Jahre 1966 das südafrikanische Mandat für beendet erklärt hat.

2. umfassende und bindende wirtschaftliche Sanktionen sind notwendig:

> weil damit das Apartheid-system und damit das Leiden verkürzt werden könnte

> weil sie die Befreiungsbewegungen als legitime Repräsentanten fordern

> weil militärischen Sanktionsbeschlüsse immer wieder unterlaufen werden.

> weil Massnahmen wie der Verhaltenskodex der EG in der Praxis ohne Konsequenzen geblieben sind

> weil sich gezeigt hat, dass das Rassistenregime nicht freiwillig abtritt, sondern sein Sturz durch Zwangsmassnahmen herbeigeführt werden muss

3. Sanktionen sind notwendige Ergänzung (nicht Ersatz) für Befreiungskampf auf internationaler Ebene.

4. Umfassende und bindende Sanktionen sind eine scharfe und effektive Waffe im Kampf gegen das Apartheidsystem.

5. Argumente der Boykott-Gegner sind entweder heuchlerisch, selbstentlarvend oder reine Ausflucht.

6. Gewerkschaften wären schlecht beraten, wenn sie sich, wie leider noch allzu oft, gegen die Sanktionen aussprechen.

7. Durchsetzungschancen sind abhängig von Entwicklung, Befreiungskampf, Unterstützung des Auslands, Einsicht, dass der Westen auf das falsche Pferd gesetzt hat.”

(informationsdienst südliches afrika (BRD), 1/86)

1-86 1-ZA

Auslandinvestitionen, Disinvestment, Arbeitsplätze

Zusammenfassung eines Beitrag des Ökonomen Stephen Gelb.

Disinvestment schadet den Ärmsten, weil durch Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber es gibt auch einen Zusammenhang zwischen Technologisierung durch

Auslandinvestitionen, was menschliche Arbeitskraft wegrationalisiert. Kurzfristig dienen Kredite der Arbeitsplatzsicherung. Unterscheidung Divestment (Unis, Kirchen, Stadtrat etc. üben Druck aus auf Banken etc., die mit SA geschäften, indem sie drohen, ihre Fonds abzuziehen, falls sie nicht aufhören, mit SA zu geschäften) und Desinvestment-Kampagnen (echte finanzielle Strategie – Investitionsentzug in einer Vielzahl von Formen: 1. Nichtausweitung aktueller Investitionen, 2. Vorhandene ausländische Firmen an Einheimische verkaufen, 3. Kapital und Sachwerte abziehen).
(Informationsdienst südliches Afrika (BRD), 1/86)

1-86 1-ZA

Fritz Leutwiler on short term financial deal with with 300 SA creditor banks

A standstill on debt repayments imposed by SA expires on March 31. About \$13.6 billion (about R33 billion) of SA's \$24 billion (R58 billion) foreign debt was frozen since last year when bankers refused to renew lines of credit due to political unrest. Fritz Leutwiler states that "it is not possible at this point of time and under these political circumstances to carry out a medium-to-long-term rescheduling." He proposes a plan "that should give SA calm on the financial side ... calm in order to continue the process of political reform."
(West Africa (Br), 14.1.86)

1-86 1 ZA

SA agrees solution on debt

The agreement between SA government officials and 30 major creditor banks entails that of SA's \$10 billion short-term debt, 5% would be repaid between the end of March and March 31, 1987, with the rest rolled over for another year.
(Times (Br), 21.2.86)

6-1-86 1-ZA

Danish ban on SA steam coal rocks the market

(Star (SA), 6.1.86)

10-1-86 1-ZA

Zur Politik gegenüber SA. Antwort des Bundesrats auf SP-Interpellation

Der BR ist der Ansicht, dass eine Änderung der südafrikanischen Rassenpolitik "nur auf Grund einer klaren und beharrlichen Haltung gegenüber Südafrika zu erreichen ist". Seine Besorgnis über die Apartheidpolitik will der BR der SA-Regierung weiterhin im direkten "und mit der erforderlichen Überzeugungskraft geführten" Gespräch mitteilen, sodann durch "diskrete, aber in der Aussage deutliche" Menschenrechts-Interventionen auf diplomatischem Wege und schliesslich durch öffentliche Erklärungen zu ausserordentlichen Ereignissen. Im übrigen sei die CH nach wie vor bereit, im Rahmen ihrer Politik der Disponibilität einen Beitrag zur Lösung der Probleme im südl. Afrika zu leisten.

Die CH schliesst sich Sanktionen einzelner Staaten od. Staatengruppen nicht an; der BR äussert zudem generelle Zweifel am Sinn von Sanktionen, die gerade die sozial Schwächeren und im Falle SA's vor allem die umliegenden Staaten treffen könnten.

ERG: Über die Gewährung der Exportrisikogarantie sei nach wirtschaftlichen und nicht nach politischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Und es gebe bisher keine Exporte bewilligungspflichtiger Nukleargüter nach SA; der BR werde sich - weil SA den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet hat - kaum je mit dieser Frage beschäftigen müssen. Die Exporte von Computertechnologie nach SA seien unbedeutend.

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 10.1.86)

13-1-86 1-ZA

Shell Oil boycott launched in United States

(Star (SA), 13.1.86)

22-1-86 1-ZA

Shell's going to pay for selling oil to South Africa

(Guardian (US), 22.1.86)

29-1-86 1-ZA

Sowjetkritik an Fritz Leutwiler

(Neue Zürcher Zeitung, 29.1.86)

3-2-86 1-ZA

Summary of western economic sanctions against SA

(AWEPEAA – Newsbulletin, 3.2.86)

4-2-86 1-ZA

Europe firm on sanctions

Sir Geoffrey Howe, Foreign Secretary of the EEC countries tells front line states that it would be wrong to increase pressure on SA as there are signs of change.

20-2-86 1-ZA

Politik dominiert Südafrikas Schuldenproblem

Zwischen SA und den Gläubigerbanken ist laut Unterhändler Fritz Leutwiler am 20.2. ein "breiter Konsens" erzielt worden.

SA's gesamte Auslandschulden: knapp 24 Mia \$; 14 Mia \$ davon sind kurzfristige Verpflichtungen (müssten, ab 9.85 gerechnet, innerh. von 12 Monaten zurückbezahlt werden); davon werden 5,5 Mia \$ britischen Banken geschuldet, 4,5 Mia \$ US-Banken und 4 Mia \$ westdt., CH- und frz. Banken

Schuldenmoratorium: angekündigt 9-85, zuerst lief es bis 12-85, dann wurde es bis 30-3-86 verlängert.

Verhandlungen SA-Gläubigerbanken: erste Vorschläge SA's wiesen die Banken als unakzeptabel zurück: SA wollte mit der Rückzahlung der vom Moratorium betroffenen 14 Mia \$ erst 1990 beginnen sowie die Ausstände von kurz- in mittelfristige Darlehen umwandeln, bei gleichbleibendem Zinssatz.

Leutwilers Vorschläge: SA erhält 1-jährigen Zahlungsaufschub, wobei 5% des vom Moratorium betroffenen Schuldenbergs ab April in 4 Tranchen zurückerstattet würden. Daraufhin ist vorgesehen, in einem Jahr erneut über die Bücher zu gehen. "Schwierigkeiten dürften namentlich die Amerikaner haben, einem Paket zuzustimmen, das auch bloss im entferntesten nach Entgegenkommen an die Adresse Pretorias aussieht. Sie sehen sich grösstem Druck seitens ihrer amerikanischen Kundschaft ausgesetzt (...). Oder anders ausgedrückt: Aus amerikanischer Perspektive finden SA's finanzielle Schwierigkeiten erst eine Ende, wenn in der Burenrepublik politische Zustände herrschen, die dem Publikum in den Vereinigten Staaten SA-Geschäfte ihrer Banken nicht mehr länger als anstössig erscheinen lassen."

Beobachter äusserten sich optimistisch, dass es zu einer für beide Seiten befriedigenden Lösung komme. "Sie erklärten dies damit, dass es sich bei SA's Zahlungsschwierigkeiten ja nicht um eine Schuldenkrise handle, sondern lediglich um einen momentanen Liquiditätsengpass, und sie weisen auf den grossen Überschuss in der südafrikanischen Zahlungsbilanz hin."

Andererseits: weil innerhalb der Regierung Uneinigkeit herrscht über Ausmass der Reformen und es bei Unruhen weiterhin viele Opfer gibt, verschwinde SA nicht aus den Schlagzeilen.

+ Veröffentlichung eines Briefes führender südafrikanischer Kirchenmänner an Leutwiler: Aufforderung an Leutwiler, eine Umschuldung der SA-Verpflichtungen von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig zu machen: z.B. Rücktritt der Regierung Botha, Einfrierung SA-Guthaben im Ausland. Initianten des Briefs: Desmond Tutu, Bischof Johannesburg, Allan Boesak, Pfarrer in Kapstadt sowie Beyers Naudé, Generalsekretär des südafr. Kirchenrates

(Basler Zeitung, 21.2.86)

21-2-86 1-ZA

Austria boasts of keen interests in SA mining

Austria is openly seeking greater involvement in the SA mining industry.
(Financial Gazette (Zim), 21.2.86)

24-2-86 1-ZA

Interview mit Fritz Leutwiler

4 Tage nach der Ankündigung des Umschuldungsabkommens sprach die SA-Zeitschrift "Leadership" mit Leutwiler.

20-2-1986: Leutwiler announced details of the debt rescheduling programme. In terms of the deal struck with the 30 major banks, (there are still a large number of smaller creditors, about 230), SA has to pay 5% of its short-term debt, equivalent to R-1 billion (\$500-million) within 12 months, and the group will meet again with SA's Standstill Co-ordinating Committee (SCC) in February 1987, to reassess the situation. In the meantime, a punitive interest rate has also been set on the balance.

"Those close to the international bankers believe Dr Leutwiler negotiated the best deal possible, against heavy odds. Leutwiler is a tough, no-nonsense character, with a fortuitous liking for SA. A former Chairman of the Board and the President of the Bank for International Settlements, and Chairman of the Governing Board of the Swiss National Bank, he is currently Chairman of Brown Boveri and Company."

Frage: Real cause of SA declaring debt standstill?

Leutwiler : "It originated in growing pressure on the American banks, there was more pressure in America than in Europe. Clearly the most significant pressure came from important institutional customers who said simply that they would not do business with the banks unless they withdrew from SA. (...). To be honest, a general withdrawal of short-term funds did not happen in SA's case. It was mainly US banks, certainly not European and very few British banks, which started the process. But this, combined with some capital flight from SA, for which you cannot blame the bankers, was sufficient to create difficulties, to make it impossible for the SARB to cover these outflows of capital. SA's exchange reserves were limited. (...)."

Frage: What circumstances led to your involvement?

Leutwiler : "(...). I have been interested in SA for a long time. I first went there as the guest of the Governor of the Reserve Bank 7 years ago. I was on very good terms with the former Finance Minister, Mr Horwood. I tried to help SA while I was still at the Swiss National bank when the country had difficulties raising international capital because there was a ceiling on South African borrowings, even in Switzerland." Asked by de Kock after his unsuccessful trip to CH. "The first thing I did was to call the President of the Swiss Confederation, a personal friend of mine, and ask if my involvement would cause my country any harm. If he had said it would I could not have done the job. I then asked the general managers of Brown Boveri how they would react. Some were positive, others were reluctant because they thought the job would be too time-consuming. Also, my friends in the banks encouraged me to take the job. Finally I said I would, on condition that all the major creditor banks agreed. At the same time Price Waterhouse and Partners approached me and offered their services as a support operation. (...). PW had to find out who the main major creditors were. (...)."

SA machte Vorschlag, Leutwiler musste das in NY vertreten. "They said it was arrogant of SA to ask for a multi-year rescheduling, and not to offer anything to the banks." Dann machte Leutwiler einen Vorschlag, was sehr viel besser ankam. Beim "interim debt settlement" wollte er keine Konzessionen machen.

Vorerst waren die Südafrikaner wenig enthusiastisch bezüglich seiner "short-term solution", "because it gave them a relatively limited breathing space, with costly repayments. But I said the banks wanted a token payment as a demonstration of goodwill. Then the relatively generous interest rate had to be offered to the banks because of the political background. It would have been easy with, for example, the Swiss and German banks. It was much more difficult with the US banks. (...). Some people said I was a financial mediator and should not get involved in politics. I had to. I had no choice. Officially the banks did not want to talk about politics, but they stated quite clearly when I met them for the first time in London that

they expected some positive political signals from Pretoria. After all they had to sell any proposals to their creditors, and they needed political assurances. (...). I left SA knowing the signals would come."

Frage: How long will it take SA to regain its credit worthiness and international financial credibility?

Leutwiler: "It depends very much on the political developments in SA. The more reform policies appear in positive headlines, the more banks would be prepared to do business again."

Frage: Assessment of business community in SA?

Leutwiler : " (...) I've learnt much from people like Anton Rupert, like Harry Oppenheimer."

Frage: What are your impressions of the ANC?

Leutwiler : "I've had some experiences with communists, but to put it bluntly I'm reluctant to shake hands with a communist without counting my fingers afterwards. I don't trust them. My impression of the ANC is that it does not represent the blacks. (...). I am suspicious of the ANC because of the influence of the communists. Clearly the Soviet Union has an interest in Southern Africa. They want to get a foot in, and we know from experience that once that happens you can't get rid of them."

Way out of problems?

Leutwiler : "By talking to many blacks, coloureds and Indians, I came to the conclusion that what they want, first and foremost, is peace for their children, no discrimination, and a better standard of living. They know that their standard of living – although they are discriminated against – is still so much better than the standard of living of their black brothers in other African countries. (...). Of course, there will be some people who will not be satisfied short of one man, one vote: short of the blacks or the ANC taking power. But you have a chance now. And if you continue reforms, if the reforms announced by PW Botha are implemented, then there is a fair chance (of improved relations). (...). But it's unconditional that you make political progress in the sense that you must do away with apartheid - what is interpreted by the world as apartheid. (...). There is some black pressure, but there are many blacks who share my view that the most important thing is peace."

Leutwiler kritisiert sehr harsch die Anreiseforderungen von Arbeitern. "We have factories in SA where there is no apartheid. But we cannot do anything about homes. (...). But the way things are, they're already tired when they arrive at work. (...). Admittedly it's your business. But I would not say a word about SA if it were not part of my role as a mediator."

(Leadership, Vol.5, No.1,1986, Number one)

6-3-86 1-ZA

Atomic waste conference

Cape Town will host major international conference on radioactive waste disposal in September.

(Cape Times (SA), 6.3.85, in: SA Digest (SA), 14.3.86)

7-3-86 1-ZA

Focus on concentration of wealth. Who owns SA?

An overview on the percentage of the Johannesburg Stock Exchange (JSE) control is given in the article. The JSE represents 26% of the country's wealth. Percentage of JSE control: Anglo American (54,1), Sanlam (11,3), SA Mutual (10,9), Rembrandt Group (4,4), Liberty Group (2,3), Anglovaal (2,1), Ventron Group (?), rest (12,7).

(Weekly mail (SA), 7/13.3.86)

17-3-86 1-ZA

SA gets Nigerian oil

An Austrian-based company sold Nigerian oil to SA.

(West Africa (Br), 17.3.86)

18-3-86 1-ZA

Südafrika: ein widersprüchlicher Standpunkt. Widerlegung von verschiedenen "Irrtümern" in Bezug auf das politische System der Apartheid

(Schweizer Wirtschaftsbrief Bd.18/Nr.1, hg. von der Foreign Commerce Bank in Zürich, in: SA Digest (SA), 18.3.86)

18-3-86 1-ZA

Bewilligungspflichtiger Kapitalexport nach SA 1985 reduziert

Gemäss Antwort des Bundesrates auf einfache Anfrage Hansjörg Braunschweig (SP/ ZH) fiel der Kapitalexport (in Form von Notes und Finanzkrediten) von 276 Mio Fr. (1984) auf 83 Mio (1985) (1983: 292 Mio; 1982: 215 Mio). Nicht unter die Limite fallen Exportkredite und Konversionen von Notes. Der BR wies darauf hin, dass die Finanz- und Exportkredite in den Bilanzen der CH-Banken erscheinen. "Es führe deshalb zu falschen Resultaten, wenn der Kapitalexport nach SA und die Zunahme der dortigen Nettoguthaben der Schweizer Banken addiert würden. Die SA in den Jahren 1981-1984 gewährten Finanz- und Exportkredite beliefen sich auf total 636 Mio Fr., die nicht doppelt gezählt werden sollten." (SDA/Neue Zürcher Zeitung, 18.3.86)

19-3-86 1-ZA

Israel soll SA-Politik aus Rücksicht auf USA ändern

Israels Regierung berät über eine Änderung der SA-Politik. Da Israel hauptsächlich rüstungspolitisch mit SA zusammenarbeitet, sind US-Sanktionen zu befürchten. (Basler Zeitung, 19.3.86)

21-3-86 1-ZA

SA coal exports run for cover

SA's coal producers take radical steps to shore up their sales both to Europe and the Far East.

(Financial Mail (SA), 21.3.86)

21-3-86 1 ZA

American sanctions legislation begins to bite

350 United States companies are threatening to stop supplying any goods or technological knowhow to apartheid-enforcing entities, including the Police and the Military. All of the following institutions are considered to be apartheid-enforcing by the US Government:

Armcor and subsidiaries ; Kentron, Infoplan, Lyttleton engineering Works, Naschem, Pretoria Metal Pressing, Sonchem, Swartklip Products, Telecast, Musgrave Manufacturers, Department of Prisons, Homeland Police and armed forces, National Institut of Defence Research of CSIR, National Intelligence Services, SA Railways Police.

(Namibian (Nam), 21.3.86)

21-3-86 1-ZA

Good news Budget

(SA Digest (SA), 21.3.86)

21-3-86 1-ZA

SA stands by for anniversary of Sharpeville

(Financial Times, 21.3.86)

21-3-86 1-ZA

Gewalt am Gedenktag

In mehreren südafrikanischen Städten gab es anlässlich des Jahrestages des Massakers von Sharpeville und der Schiesserei von Langa Zusammenstösse zw. Demonstranten und Polizei. Hunderttausende Schwarzer traten in einen eintägigen Streik. Vor einem Jahr hatten in Langa bei Uitenhage 20 Menschen den Tod gefunden, als die Polizei in einen zuvor verbotenen Trauerzug gefeuert hatte.

In Zürich haben knapp 200 Personen an einer Demonstration in Erinnerung an das Sharpeville-Massaker teilgenommen.
(Tages-Anzeiger, 22.3.86)

21-3-86 1-ZA

Tag der Demonstrationen in SA

(Neue Zürcher Zeitung, 22./23.3.86)

27-3-86 1-ZA

Irish ban SA fruit

The Irish Government is to ban Sa fruits and vegetables unless it stops using prisoners on private farms.

(Guardian (Br), 27.3.86)

29-3-86 1-ZA

Die Krise in SA's schwarzen Schulen

"Revolution first - Education later". Ausrufung eines nationalen Boykotts?

(Neue Zürcher Zeitung, 29./30.3.86)

4-86 1-ZA

Shell oil under pressure

Shell is under pressure to announce its withdrawal from SA and Namibia and faces international boycott in June and July.

(Anti Apartheid News (Br), 4.86)

1-4-86 1-ZA

Foreign Debt Crisis

SA recently concluded a gold swap agreement to raise dollars for repayment of up to \$400 mio of foreign debt on April 15. Under the amended debt rescheduling agreement SA said it would release a 5% repayment in respect of all debt maturing before April 15 this year in one lump sum, estimated at up to \$400 mio on April 15.

(The Citizen (SA), 1.4.86)

4-4-86 1-ZA

Foreign exchange regulations

Foreign exchange regulations which affect SA's formal debt repayments were gazetted on March 27. A Reserve Bank source says they were needed to implement the debt standstill.

The regulations include bans on payments to a foreign creditor, except for:

> prior agreement by importers, provided payments are made through letters of credit or bills of exchange, and payment is direct to the foreign supplier or collecting banker

> interest payments on loans and bearer bonds/notes listed on any stock exchange on August 28 1985. This would include municipalities and parastatals

> loans guaranteed by foreign governments and debts payable to international organisations of the UN or Bank for International Settlements

> a further exception is most financial obligations of the Reserve Bank; and

> also exempted are new loans, including interest and costs, granted on or after September 2, 1985.

Political developments and the response of foreign financial institutions will determine whether an extension is needed or further steps called for, says a bank spokesman.

(Financial Mail (SA), 4.4.86)

4-4-86 1-ZA

Blacks hail Tutu's call for sanctions

Tutu has no real hope for a change in SA's apartheid system and called for sanctions to help bring about a "nonracial, democratic" SA. London, Washington and Pretoria reject Tutu's call on the ground that boycott would hurt the economy, which is central to the

region's stability and a major force for change domestically. In contrast, Cosatu, UDF and ANC regard sanctions as the only weapon that could promote peace in SA.
(International Herald Tribune (US), 4.4.86)

4-4-86 1-ZA

Tutu off to see "our friends" on sanctions

Tutu's hope to get a positive feedback on his call for sanctions lie more with the American people than on the British.
(Weekly Mail (SA), 10.4.86)

4-4-86 1-ZA

Winnie Mandela joins call for international sanctions

(Times (Br), 7.4.86)

5-4-86 1-ZA

Gold swaps

SA's Reserve Bank swapped an undisclosed amount of gold for foreign exchange to meet a \$430 mio debt repayment due on April 15th.
Bishop Desmond Tutu called for sanctions against SA.
(The Economist, 5.4.86)

8-4-86 1-ZA

SPD-Südafrika-Politik: Für jeden etwas

(taz (BRD), 8.4.86)

8-4-86 1-ZA

ANC-Präsident Tambo trifft SPD-Politiker in Bonn

Verbale Solidarität ist ihm sicher, aber Taten werden kaum folgen
(taz (BRD), 8.4.86)

8-4-86 1-ZA

Es geht um Südafrikas Zukunft. SBG spielt eine Schlüsselrolle

Die SBG hat sich in den letzten Jahren zur wichtigsten Finanzstütze des Apartheidregimes entwickelt.

Von Ende 1980 bis Ende 1984 haben die CH-Grossbanken ihre Kreditvergabe von 841 auf 3674 Mio Fr. gesteigert; Löwenanteil: SBG

In den letzten Jahren hat die SBG weltweit am meisten internationale Anleihen für SA organisiert >Studien Uno und ÖRK (Oekumenischer Rat der Kirchen/Weltkirchenrat):

Anleihen kamen zum grössten Teil der Regierung und staatlichen Institutionen zugute >direkte Finanzierung der Apartheidpolitik

Das SA-Geschäft ist profitabel: Edelmetallhandel bringe den CH-Grossbanken 10% der Nettoeinträge ein; SA-Länderstudie der SBG: eine Investition in SA wirft zw. 20 und 30% an Jahresgewinn ab.

"Es ist der ganzen Welt bekannt, dass es in SA - aufgrund der billigen Arbeitskräfte - möglich ist, Superprofite zu erwirtschaften. Denn die Profitmarge ist eine der höchsten der Welt. Und dies widerspiegelt sich in den Zinsen auf den Anleihen, die die Banken einstreichen können. Das sind die Hintergedanken bei diesen Krediten, was auch immer die Banken öffentlich sagen": Neo Mnumzana, Vertreter des ANC.

Laut dem Bankenmagazin "Euromoney" hat die SBG starken Druck auf Leutwiler ausgeübt, die Umschuldungsmission zw. SA und den Gläubigerbanken zu übernehmen.
(Berner Tagwacht, 8.4.86/ "Presseschau")

9-4-86 1-ZA

Vorläufige Einigung über Südafrikas Umschuldung. Atempause für Pretoria

Wenn auch die 34 wichtigsten Gläubigerbanken am 20-2 in London die von Fritz Leutwiler unterbreiteten Vorschläge nach heiklen und nicht reibungslos verlaufenden Verhandlungen

angenommen hatten, blieben doch eine Reihe technischer Fragen offen, deren Lösung einem aus 12 Vertretern der Banken bestehenden Ausschuss übertragen wurde.

“Für SA bedeutet die Einigung das Ende des einseitig erklärten Moratoriums; die Türen zu multilateralen Verhandlungen mit den betroffenen Banken sind wieder geöffnet. Eine erste Tranche von 420 Mio. ist für den Leutwiler-Vorschlag einer Goodwill-Zahlung auf die dem Moratorium unterstehenden, sich auf 14 Mia.\$ belaufenden Schulden seitens der Zentralbank bereitgestellt worden, uns zwar vorab über die Aushandlung von Goldswaps.” Der Staatssekretär für Finanzen und Vorsitzende des südafrikanischen Moratoriumsausschusses, Chris Stals, gab sich wiederholt zuversichtlich, dass die im Staatsbudget 1986/7 anvisierten Massnahmen jene mässige Stimulierung des Wirtschaftsganges ermöglichen, die nötig sei, um die Gläubigerbanken aus ökonomischer Sicht zu veranlassen, im nächsten Jahr einem formellen Umschuldungsabkommen zuzustimmen.

“Es bleibt der politische Bereich. Leutwilers Mahnungen auf Abschaffung der Apartheid als Voraussetzung für eine endgültige Umschuldung dürften weiterhin Gültigkeit haben. SA hat nun eine Atempause von einem Jahr; sie zu nutzen, bleibt politisch der Angelpunkt. Warnungen aus politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Kreisen - der kürzlich erfolgte Appell Bischof Tutus an die Welt, Strafsanktionen als einzigen noch gangbaren, nicht gewalttätigen Weg zu einem gerechten, demokratischen SA zu verhängen, sei lediglich als Beispiel genannt - müssen Gehör finden.”

(Neue Zürcher Zeitung, 9.4.86)

10-4-86 1-ZA

Was sagte Frau Geneviève Aubry in Südafrika?

“Es ist altbekannt: die schweizerische und europäische Presse betreibt eine schändliche Falschinformation über SA. Dort wird nämlich die schwarze Rasse weder misshandelt noch unterdrückt. Solche Behauptungen sind reine Lügen, erfunden von Medien im Solde der Kommunisten und einer Mehrheit von Sozio-Gauchisten unter den jungen Zeitungsschreibern der Westschweiz.”

So zitierte l'Hebdo die bernische Nationalrätin und Regierungsratskandidatin. Später dementierte sie diese Aussagen. L'Hebdo zitierte daraufhin aus der Aufzeichnung des Interviews (ist nicht wörtlich das, was sie gesagt hat).

(Tages-Anzeiger, 10.4.86)

10-4-86 1-ZA

Südafrika steht am Rande des Bankrotts

Die Zeitung "Business Day" (SA) errechnet unter Verwendung amtlicher Zahlen der Staatsbank, dass die Gold- und Devisenreserven zwischen 1980 und Ende 1985 um 8 Mia Rand (etwa 8,8 Mia DM) abgenommen haben. Von einem Überschuss von 5,16 Mia Rand seien die Nettioreserven des Landes einschliesslich der privaten Banken zum Ende des letzten Jahres in einen Negativbestand von 2,79 Mrd. Rand gesunken.

Amtliche Bestätigungen waren nicht erhältlich.

Ursachen: Abzug Kapital aus SA, zunehmende Auslandsverschuldung und Wertverlust der Landeswährung.

(Handelsblatt, 10.4.86)

11-4-86 1-ZA

Woher die Desinformation kommt

-> zu den Aussagen Geneviève Aubrys

(Basler Zeitung, 11.4.86)

12-4-86 1-ZA

- Schwarzer Boykottführer in SA verhaftet

Mkhuseli Jack, Port Elizabeth

- Dichter Breytenbach wieder in SA

um Literaturpreis der Sonntagszeitung "Rapport" entgegenzunehmen

(AFP/Neue Zürcher Zeitung, 12./13.4.86)

14-4-86 1 ZA

Sanctions – only peaceful way to save many lives

In an interview Winnie Mandela calls for sanctions against SA.
(Star (SA), 14.4.86)

16-4-86 1-ZA

AT&T to end most business with SA

Even though the direct investment in SA is minimal, AT&T will not expand any services to SA, including toll free 800 numbers, videoconferencing and data transmission for businesses. In addition, it stops buying any SA platinum and palladium.
(International Herald Tribune (US), 16.4.86)

23-4-86 1-ZA

Willy Brandt sieht schwarz für Südafrika

Willy Brandt in SA
(Tages-Anzeiger, 23.4.86)

25-4-86 1-ZA

The Swiss roll

Ciba-Geigy is ploughing some R16 million into a self-medication division for its SA subsidiary. Kobus Nel, head of Ciba-Geigy's self-medication division says: "It is the right time to expand and we hope to capture roughly 8% of this market by the early Nineties."
(Financial Mail (SA), 25.4.86)

25-4-86 1-ZA

US-Botschafter in SA zu Verhandlungen

The dismantling of apartheid is no longer an item for negotiation. What is up for negotiation is the shape and content of a post-apartheid order that respects the rights and dignity of everyone, regardless of race: That was the blunt message delivered by US ambassador Herman Nickel to last week's high-powered conference on disinvestment organised by the American Chamber of Commerce in SA and the SA Institute of International Affairs. The dominant feeling was that there is no time for half-hearted responses to the disinvestment threat and, indeed, to political instability generally. Rather the conference highlighted the view that the process of negotiation must be set in motion soon and that the ANC would be a vital component of it. This alone, evidently, would stem the disinvestment tide.
(Financial Mail (SA), 25.4.86)

30-4-86 1-ZA

Generalstreik in Südafrika

Für den 1. Mai rufen der Gewerkschaftsdachverband COSATU und weite Teile der Oppositionsbewegung zum ersten nationalen Generalstreik in SA seit Anfang der 60er Jahre auf (viel Infos zu Gewerkschaften in SA, COSATU etc.).
(taz (BRD), 30.4.86)

2-5-86 1-ZA

Südafrikas Wirtschaft in der Klemme – zwischen Rezession und Desinvestition

Mit dem Zusammenbruch des auf Konsumausgaben und einer überbordenden Kreditexpansion beruhenden "Mini-Booms", der von Mitte 1983 bis Mitte 1984 dauerte, hatte die südafr. Wirtschaft eine rasche Talfahrt angetreten, die durch den Sturz des Goldpreises und den Verfall des Wechselkurses des Rand noch beschleunigt wurde.
"Hiesige Organisationen wie etwa die südafrikanisch-amerikanische Handelskammer oder die auch durch ein Büro in Washington vertretene SA-Stiftung sind mit einer intensiven Lobby-Aktivität nicht untätig geblieben. (Bei der SA-Stiftung handelt es sich um eine einflussreiche privatwirtschaftliche Vereinigung mit dem Ziel, die internationalen

Handelswege offenzuhalten und das Image SAs, auch bei Ablehnung des Apartheid-Konzepts, in ein proportional besseres Licht zu rücken.) Beide bringen als Hauptargument vor, dass Sanktionen oder Desinvestitionen in erster Linie jene Arbeiterschichten – nämlich die Schwarzen – treffen würden, zu deren Vorteil die Kampagne aufgezogen wurde. Das Gegenargument lautet freilich, dass wirtschaftliche Gleichberechtigung sei, wo politischer und militärischer Druck nichts auszurichten vermögen.“

Streik in mehreren Anglo American Minen in letzten Tagen. Unerwartet kamen auch die Proteste aus internationalen Gewerkschaftskreisen, deren Forderungen Anglo American in Verhandlungen mit den hiesigen Gewerkschaften mit der Bereitschaft zur Wiedereinstellung dann entsprach.

Bankenprognosen zeigen kein ungünstiges Bild betreffend Wiederaufschwung, doch bringen alle Vorbehalte an. Dazu gehören im wirtschaftlichen Bereich die Gestaltung des Goldpreises und des Wechselkurses (und damit die Aussenhandelsbilanz) sowie die nach wie vor ungemütlich hohe Teuerungsrate (zurzeit 15%) und im politischen Bereich die Sicherung des Arbeitsfriedens sowie das Tempo des gegen einen vehementer werdenden burisch-konservativen Widerstand nur schleppend durchführbaren Abbaus der Rassendiskriminierung.

(Neue Zürcher Zeitung, 2.5.86)

2-5-86 1-ZA

Dies Land ist reif für die Würmer

-> Rede von Breyten Breytenbach in Südafrika gegen Südafrika

(Die Zeit, 2.5.86)

2-5-86 1-ZA

Anti-sanctions black union launched in South Africa

M. G. Buthelezi launched a new trade union, the United Workers Union of South Africa (UWUSA). UWUSA is in competition with Cosatu and opposes to disinvestments and sanctions.

(The Guardian (Br), 2.5.86)

3-5-86 1-ZA

Bishops call for apartheid sanctions

33 roman catholic bishops from SA call for economic pressure against SA. According to the bishops economic pressure is the most effective form of non-violent pressure, implicitly calling for sanctions and disinvestment.

(Guardian (Br), 3.5.86)

5-5-88 1-ZA

Duke University disinvests

US Duke University decided to divest itself of R25m in shares in companies doing business with SA if apartheid is not dismantled by January.

(The Star (SA), 5.5.86)

6-5-86 1-ZA

Danish Parliament voted to ban coal imports

(The Citizen (SA), 7.5.86)

14-5-86 1-ZA

Academic boycott

2 of Ireland's major universities have launched an academic boycott against SA. Trinity College and Dublin warned staff who work there during their holidays or while on sabbatical that they will be dismissed.

(Sowetan (SA), 14.5.86)

15-5-86 1-ZA

Utah International disinvests

Utah International, California-based mining subsidiary of Broken Hill Proprietary, is seeking to sell all its wholly owned explorations prospects in SA and Namibia.
(Financial Times, 15.5.86)

19-5-86 1 ZA

SA attacks spark sanctions demand

The SA raids against Zambia, Zimbabwe and Botswana led to disagreements between Britain and the Commonwealth Secretary-General. Whereas the Thatcher Government refuses to end mediation efforts, the Commonwealth Secretary-General, Mr. Ramphal asked: "What more do Western countries need to disengage from South Africa and ostracise it from human society in both political and economic terms?"

(Guardian (Br), 20.5.86)

22-5-86 1-ZA

Coping with isolation

SA and banks

(Financial Times, 22.5.86)

26-5-86 1-ZA

Privatisierungstendenzen auch in SA. Kandidaten aus verschiedenen Bereichen der Schwerindustrie

->Sasol; ->Iskor; ->Eskom; ->Eisenbahn

(Neue Zürcher Zeitung, 26.5.86)

28-5-86 1-ZA

Blacks opposed to sanctions

The majority of Blacks in the Pretoria-Witwatersrand-Vereeniging (PWV) area are opposed to sanctions (68%), according to a survey conducted by the Human Sciences Research Council (HSRC) (1338 Pers. befragt). Blacks who were questioned about the consumer boycott were equally for and against it.

An overwhelming majority of SA's urban Blacks are against disinvestment if they must pay a significant price for it, it has been re-confirmed. This is the finding of an opinion poll conducted in 9-85 by the Institute for Black Research at the Univ. of Natal (Fatima Meer).

The reaction essentially ties in with the poll conducted by Prof. Lawrence Schlemmer of the same university 2 years ago (76% were against disinvestment).

Fatima Meer poll (9-85): 26% of Blacks think that foreign undertakings help SA and must be encouraged to invest freely in the country. 49% think that such firms should only invest in SA if they exert pressure on the govt to end apartheid.

(Sapa (SA), 28.5., in: SA Digest (SA), 6.6.86)

30-5-86 1-ZA

Buthelezi optimistic

SA could be on the brink of the power-sharing breakthrough the world had been waiting for, the Chief Minister of KwaZulu, Chief Mangosuthu Buthelezi said in Rome on 29-5. PW Botha's proposed national council had this potential, Buthelezi said. The council could defuse violence, but only if it were possible for all black organisations, including the ANC, the PAC and others to join it if they chose.

Buthelezi quoted the gazetted intention of the council as being "to provide for participation in the planning and preparation of a constitutional dispensation which provides for the participation of all SA citizens in the process of government."

(Sapa (SA), 30.5., in: SA Digest (SA), 6.6.86)

31-5-86 1-ZA

Danish MPs back total trade ban

The bill on a total trade ban between SA and Denmark was passed by 76 votes to 5, with 63 abstentions by the centre-right minority Government. (1985, import from SA: £ 135 million, export to SA: £ 48million).

(Times (Br), 31.5.86)

2-6-86 1-ZA

US firms weigh costs of apartheid

Many US companies in SA express doubts about their future in the country.

(Africa News (US), 2.6.86)

7-6-86 1-ZA

Total or conditional disinvestment is supported by most of the "political mainstream"

-> Followers of the ANC, Tutu, the UDF and other radical groups who want not only democratic political rights but also a new "more or less" socialist order: This is the conclusion of Mark Orkin, director of the Community Agency for Social Enquiry (Case), whose book "Disinvestment, the struggle for the future" is to be published this month. It investigates the attitudes of 800 black people to various disinvestment options which "send a rocket right through the position" of those quoting earlier studies which concluded that most urban blacks rejected disinvestment. The Case study found that: 24% supported total disinvestment; 49% supported conditional disinvestment; 73% supported disinvestment in principle

(The Star (SA), 7.6.86)

10-6-86 1-ZA

Geschäftsleute für Reformen in SA

Rund 900 führende Geschäftsleute, oder 97% der Befragten, haben sich bei einer Umfrage in SA für Reformen ausgesprochen, die wesentliche Elemente der Apartheid beseitigen würden.

(Tages-Anzeiger, 10.6.86)

10-6-86 1-ZA

Dem Lager die Vorräte entziehen. Kommentar zur Sanktionsdebatte.

CH ist der siebtgrösste Lieferant SA's, der fünftgrösste Investor und dank dem Gold sogar der drittgrösste Abnehmer von SA-Produkten.

(Tages-Anzeiger, 10.6.86)

11-6-86 1-ZA

Exodus of US companies from SA

The exodus of US companies from SA has grown dramatically in the past year and a half; now more American companies with large work forces in SA are leaving, considering leaving or reducing their operations. US companies such as General Electric and Pepsi are among 50 US companies that have pulled out since the beginning of 1985, including 12 so far in 1986. In 1984, only 7 withdrew.

29 of the 105 largest US banks surveyed have banned new loans to either private or government borrowers in SA, up from only 3 banks two years ago. 55 of those banks ban loans to the SA government, up from 26 in 1984.

"There is no question that more and more mainstream firms are reconsidering their position in SA", said Marcy Murningham, president of the social investment services division of Mitchell Investment Management Co., an investment advisory concern based in Cambridge, Massachusetts.

Total US investment in SA continues to plummet. At year end 1985, it totalled \$1,3 bn, down from \$1,8 bn in 1984 and a peak of \$2,6 bn in 1981.

Most US companies withdrawing have sold their SA subsidiaries to their SA employees or to SA or other foreign companies, rather than shutting them down. Many also continue to have licensing and distribution agreements with SA companies.

(Guardian (GB), 11.6.86)

12-6-86 1-ZA

Südafrika nahe der "Belagerungswirtschaft"

Der politisch motivierte wirtschaftl. Druck auf SA nehme rasch zu.

16.6.: 10. Jahrestag von Soweto; ein Generalstreik (wie am 1.5.) sei unausweichlich.

Während die Wirtschaftsverbände die Parole ausgegeben haben: "Keine Arbeit, kein Lohn, kein Ahndung", gingen mehrere Grossfirmen, unter ihnen die Anglo American Corporation, einen Schritt weiter und anerkannten den Tag für ihre Betriebe als bezahlten Feiertag.

(Neue Zürcher Zeitung, 12.6.86)

12-6-86 1-ZA

Als Hausbank der ILO umstrittene SBG. SA-Geschäft als Stein des Anstosses

(Neue Zürcher Zeitung, 12.6.86)

12-6-86 1-ZA

Sweden introduces licensing system for all trade with SA

Sweden has introduced a licensing system for all trade with SA, the latest in a series of moves aimed at reducing commercial links with SA. The supervisory licensing system gives the government a way of monitoring very closely individual companies' links with SA. Since 10-85 the Swedish government has been urging Swedish companies to switch to other markets and suppliers. As a result, Swedish exports to SA in the last quarter 85 fell by 48%, while imports were cut by 50%.

(Financial Times, 12.6.86)

12-6-86 1-ZA

Pressure for further sanctions against SA will increase

Britain and France will oppose sanctions, and Germany is likely to join them. Italy is party to the embargo on sales of military equipment to SA, but other Italian exports to SA amount to about R800m. Denmark, from the end of 1986, has banned all trade in goods and services excluding medicine. Ireland, which has banned all SA fruit and vegetables, would support all sanctions. Belgium has a freeze on inter-governmental agreements, but the Antwerp diamond market is a major customer for De Beers. Spain has indicated that it would support continued pressure on SA. Portugal is concerned about the impact of 700'000 Portuguese returning home if forced to flee. Holland has promised to support strong action but a major problem is the EEC ban on oil exports - crude oil is almost certainly shipped through Rotterdam. Greece aligns itself to the EEC stand but there is a 130'000-strong Greek community in SA to consider.

(The Star (SA), 12.6.86)

12-6-86 1-ZA

West German government against sanctions

The Conservative-Liberal Coalition government in West Germany rejects the imposition of economic sanctions against SA

(Guardian (GB), 13.6.86)

15-6-86 1-ZA

Afrikanische Staaten und England uneins bei Sanktionen

Mehrere afrikanische Staaten überlegen sich, aus dem Commonwealth auszutreten, falls Grossbritannien nicht endlich seine Haltung bezüglich Sanktionen ändert. Oliver Tambo, Präsident des ANC, lobbyiert offenbar diskret bei allen afrikanischen Commonwealth-Staaten. Tambo letzte Woche: "We feel sanctions should be comprehensive and mandatory. The effect of this would be to end an international problem. After that, there would be good relations and peace in the region."

(Observer (GB), 15.6.86)

15-6-86 1-ZA

Britain considers measures to deflect Commonwealth pressure

The British govt is considering cutting all air links to SA. This is one of a number of measures that could be taken to deflect Commonwealth pressure for tougher sanctions. Thatcher is resolutely opposed to the imposition of full-scale economic sanctions on the grounds that they would merely inflict damage without contributing to political progress.

But she is under heavy pressure from senior colleagues, including Deputy Prime Minister Lord Whitelaw and the Foreign Secretary Sir Geoffrey Howe, to accept that Britain cannot afford to turn its back on the call for action made by the Eminent Persons Group. Nor can Britain afford to be isolated when the Commonwealth Heads of Govt meet in London in August.

The Foreign Office is examining several selective economic measures that could be taken against SA. But few meet the test laid down by Mrs Thatcher in the cabinet last week: that they must be effective, concerted, difficult to evade, and designed to secure change without inflicting unnecessary damage on the SA economy.

->detailed examination of the 8 forms of selective sanctions on the agenda for the Commonwealth mini-summit on SA in August. The Commonwealth communiqué adopted at Nassau last October listed 8 sanctions for consideration:

- > a ban on air links
- > a ban on new investment or reinvestment in SA
- > a ban on the import of agricultural produce from SA
- > the termination of double taxation agreements with SA
- > a ban on all government procurements in SA
- > a ban on government contracts with majority-owned SA companies
- > a ban on the promotion of tourism to SA

Der "Observer" analysiert, welche Wirkung die Ergreifung dieser Sanktionsmassnahmen durch GB hätte.

(Observer (GB), 15.6.86)

16-6-86 1-ZA

Zürcher Nebelraketen für Südafrika

Zürcher Kantonalbank und Südafrika

(Tages-Anzeiger, 16.6.86)

16-6-86 1-ZA

Third world demands a blockade

Third world leaders demanded a mandatory economic blockade of SA while European Community countries debated a series of limited measures to express disapproval of the state of emergency. The chairman of the OAU, President Abdou Diouf of Senegal said: "The purpose of applying sanctions is to create conditions for peace and avoid a bloodbath."

(International Herald Tribune (US), 17.6.86)

17-6-86 1-ZA

Bank of America stoppt Kredite an SA

Die Bank of America, die zweitgrösste Bank der USA, stoppt Kredite, solange die Rassentrennung fortbesteht.

"Inzwischen verweigern nach einer massiven Kampagne der Apartheidgegner etwa zwei Dutzende Geldinstitute auch Kredite an private Schuldner, wobei es sich jedoch überwiegend um kleinere Regionalbanken handelt. Nach der Chemical Bank und dem Bankers Trust ist die Bank of America nunmehr das grösste amerikanische Geldinstitut, das offiziell die Beziehungen zu SA abbricht und damit ein Beispiel setzt, dem andere folgen können, die ihr Neugeschäft bereits weitgehend stoppten, vor öffentlichen Erklärungen jedoch zurückscheuten. Amerikanische Industriebetriebe haben sich ebenfalls auf breiter Front aus SA zurückgezogen."

(Neue Zürcher Zeitung, 17.6.86)

19-6-86 1-ZA

Isolierung des Apartheidregimes

Italienische Gewerkschaften beschliessen Boykott südafrikanischer Schiffe und Flugzeuge.
(AP/taz (BRD), 19.6.86)

19-6-86 1-ZA

Deutsche und ein Holländer aus SA ausgewiesen

Vier Deutsche (darunter Theo Kneifel) und ein holländischer Kameramann von CBS sind aus SA ausgewiesen worden.
(AP/taz (BRD), 19.6.86)

19-6-86 1-ZA

Verhaltenskodex für Auslandskorrespondenten

Seit Verhängung des Ausnahmezustands sind Auslandskorrespondenten strengen Reglementierung bei der Ausübung ihrer Funktion unterworfen. Sie dürfen fortan:

- > schriftlich keine "subversiven Informationen" wie Berichte über Unruhen oder gewalttätige Auseinandersetzungen weitergeben, sofern diese Informationen nicht vom Informationsbüro, der einzigen zulässigen Informationsquelle seit Inkrafttreten des Ausnahmezustandes, gebilligt sind.
- > keine "subversiven Äusserungen" oder gewalttätigen Ausschreitungen fotografieren, filmen oder auf Tonkassetten aufnehmen
- > keine über das Fernsehen verbreiteten Bilder über die südafrikanische Aktualität direkt oder indirekt per Satellit verbreiten
- > sich nicht ohne Sondergenehmigung in schwarze Wohngebiete oder in andere Zonen begeben, in denen Unruhe herrscht oder bevorsteht.
- > ohne Sondergenehmigung im In- und Ausland keinen Kommentar und keine Informationen über das Verhalten der Sicherheitskräfte verbreiten, die im Zusammenhang stehen mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit und mit dem Ausnahmezustand.

"Subversive Aktionen" definiert das Dekret über den Ausnahmezustand wie folgt:

- > die Bekanntmachung der Ziele illegaler Organisationen;
- > der Aufruf zu einem illegalen Streik;
- > die Unterstützung eines Boykotts, sowie illegaler Demonstrationen, Versammlungen und Prozessionen;
- > die Befürwortung zivilen Ungehorsams;
- > die Kritik am Prinzip der Wehrdienstverpflichtung;
- > die Aufhetzung zum Widerstand gegen die Regierung und ihre legalen Vertreter im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand;
- > die Anheizung feindlicher Gefühle;
- > die Schwächung des Volksvertrauens bezüglich einer beabsichtigten Beendigung des Ausnahmezustandes;
- > der Aufruf zu oder die Befürwortung von ausländischen Sanktionen gegen Südafrika.

Jeder Verstoss gegen diese Reglementation wird mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren und/oder einer Geldstrafe bis zu rund 17'000 DM geahndet.
(taz (BRD), 19.6.86)

20-6-86 1-ZA

Neues Stimulierungspaket für Südafrikas Wirtschaft

(Neue Zürcher Zeitung, 20.6.86)

20-6-86 1-ZA

The Rand and the Emergency: Down to a new plateau

(Financial Mail (SA), 20.6.86)

20-6-86 1-ZA

R 1,2 bn Stimulus for economy

(SA Digest (SA), 20.6.86)

21-6-86 1-ZA

Bothas Weg in die Konfrontation

Leitartikel

(Neue Zürcher Zeitung, 21./22.6.86)

21-6-86 1-ZA

Missionen gegen Bankenbeziehungen zu SA

KEM: nur gezielte Sanktionen lassen die verbale Ablehnung der Apartheid konkret werden. CH Banken werden in einem Brief gebeten, der SA-Regierung und ihren öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen weder neue Kredite zu gewähren noch alte zu erneuern sowie den Verkauf des Krügerrand einzustellen.

(Neue Zürcher Zeitung, 21./22.6.86)

23-6-86 1-ZA

EEC shies away

The EEC is set to agree at the summit at The Hague on limited sanctions against SA. However, due to resistance from France, Britain and West Germany the EEC is likely to fall short of full and comprehensive sanctions. They consider sanctions as ineffective as a political weapon.

(Times (Br), 13.6.86)

23-6-86 1-ZA

Now Britain faces threats of sanctions

Commonwealth countries are preparing a series of diplomatic and trade reprisals against Britain. The move reflects widespread anger among "front line" African states at Britain's success at the EEC summit in The Hague.

(Sunday Times (Br), 29.6.86)

25-6-86 1-ZA

Die Schweizer Banken und Südafrika. Keine Veränderung der Beziehungen

Trotz der Verschärfung des südafrikanischen Rassenkonfliktes und der Verhärtung der Politik des Regimes Pieter W. Bothas – Ausnahmezustand, Verhaftungswelle, Nachrichtensperre – haben die CH Banken nicht die Absicht, ihre Politik gegenüber Pretoria zu ändern. Sprecher der Grossbanken erklärte gegenüber der dpa, sie würden ihre Geschäfte in üblicher Weise weiterführen. SKA Sprecher: Nicht ausbauen – einerseits wegen dem Risiko, andererseits "wolle man nicht in die Bresche der sich zurückziehenden amerikanischen Banken springen".

SBV: traditionellerweise wenig in SA engagiert. Veränderung nicht ausgeschlossen.

SBG: Bildung Verein kritischer Aktionäre.

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 25.6.86)

26-6-86 1-ZA

Methodists urge all-out sanctions

600 preachers and lay members voted to support the liberation struggle in SA and endorsed boycotting campaigns.

(Guardian (Br), 26.6.86)

28-6-86 1-ZA

Justitia et Pax für Boykotte gegen Südafrika

Lancierung der Studie "Unsere Verantwortung für Südafrika"

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 28.6.86)

7-86 1 ZA

Sanctions need not beggar SA's neighbours

SA's claims that sanctions will ruin the neighbouring economies is being disputed on the grounds that most sanctions would have little direct effect on the front line states and could actually benefit them.

(New African (Br), 7.86)

2-7-86 1-ZA

Australia goes for sanctions

(Windhoek Adv. (Nam), 2.7.86)

4-7-86 1-ZA

Diamonds and the CSO

Sales by De Beers Central Selling Organisation rocketed by 45% in dollar terms in the first 6 months of this year (1,2bn \$) and by a staggering 62% in rand terms.

(The Star (SA), 4.7.86)

4-7-86 1-ZA

Harare calls for sanctions

600 top, predominantly white industrialists, passed a resolution giving their support to a call for mandatory economic sanctions against SA.

(Guardian (Br), 4.7.86)

7-86 1-ZA

Aussenwirtschaft und Moral

von Nationalrat Felix Auer

> Sanktionen treffen die Falschen: "Betroffen werden auch die Millionen von Wanderarbeiter der anliegenden 'Frontstaaten', die in der Republik ihr Brot verdienen. Nebenbei gesagt: der Lebensstandard der Neger in SA ist, mit geringen Ausnahmen, höher als in allen anderen Staaten des schwarzen Kontinents. Paradox wäre es weiter, just die Wirtschaft strafen zu wollen. Denn es sind gerade die Unternehmensführer, die seit langem auf Reformen drängen, und die so gerne kritisierten multinationalen Gesellschaften, die in ihren Betrieben schon vor Jahren Lohngleichheit eingeführt und die Rassenschranken abgebaut haben."

(Baselbieter Post, 7-86, panorama (SA) 9-86)

7-86 1-ZA

The sanctions escape route

Many SA companies are buying into the US market in order to escape from economic sanctions. Anglo American Group alone has acquired 143 separate investments in North America (US: 106, Canada: 37).

(South (Br), 7.86)

7-7-86 1-ZA

SA loans traded at discounts

SA loans are being traded at substantial discounts (-25%) but traders say buyers are absent, will probably widen to 30% (on a relatively new interbank market, known as the "asset swap" market). Discount expected because of SA Ambassador Worrall's statements that SA might renege on its debt repayments. The asset swap market began just over 2 years ago when banks decided to reduce exposure and trade in Third World debt or others nations with foreign debt problems. A bank wanting to reduce its exposure to a third world national that is suspect can approach traders and swap the "asset" for another syndicated credit.

(The Star (SA), 7.7.86)

10-7-86 1-ZA.

SA: GDP-decline

GDP-decline in first quarter of 1986 more severe than expected. Trade, catering and accommodation services experiences a severe setback, decline of 6.1%.
(The Star (SA), 10.7.86)

10-7-86 1-ZA

SA an der Pforte der Belagerungswirtschaft

Der Weg SA's in eine "Belagerungswirtschaft" scheint unausweichlich. Sie wurde bereits vor einigen Wochen von Präsident Botha in seiner Rechtfertigung des Ausnahmezustandes in Kauf genommen und nunmehr in einer Rede des Aussenministers Pik Botha bestätigt. Parteireden Pik Botha vor kurzem in SA: SA habe sich zu entscheiden, entweder den Forderungen der übrigen Welt nachzugeben oder eine weitere Einmischung in seine Innenpolitik abzulehnen. In der Meinung des Westens bedeute ein Nachgeben die Übergabe der politischen Macht an die schwarze Mehrheit (one person, one vote), ein System, das katastrophal wäre und die Wirtschaft ruinieren würde. Allerdings würden auch Sanktionen einen Preis fordern, und um sie zu meistern, müssten alle Südafrikaner zusammenstehen. Botha: "Je rascher Sanktionen kommen, desto besser. Wir werden der Welt zeigen, dass sie uns nicht weichmachen kann."

Der Wille zum Zusammenstehen, so die NZZ, sei jedoch kaum vorhanden; lediglich die konservativen Weissen sähen im Widerstand einer neuerstandenen Burenpolitik die Lösung des Problems. "In den Hader der Politik wird die Wirtschaft mehr und mehr hineingezogen. Kaum vergeht ein Tag, in dem die Presse nicht über geplante wirtschaftliche Strafmassnahmen zu berichten weiss. Dazu kommen neuerdings die sich widersprechenden Nachrichten über allfällige Folgen für die Umschuldung; dazu gehören die jüngste Aussage des südafr. Botschafters in London, D.Worrall, wonach weitere Schuldentilgungen eingestellt werden können, oder die Meldungen über die Distanzierung Leutwilers."
(Neue Zürcher Zeitung, 10.7.86)

11-7-86 1-ZA

Anglo chair urges release of prisoners and unbanning of organisations

Gavin Relly, Chairman of Anglo American, urges government to release political prisoners and unban organisations like the ANC. It should repeal remaining pillars of apartheid including the Group Areas Act, race classification and separate amenities laws within a fixed time.

He reiterated his opposition to international economic sanctions against SA.
(Financial Times, 11.7.86)

11-7-86 1-ZA

26 years of siege. SA's trade flows

ausführlicher Artikel über Handel, wirtschaftliche Situation, Umschuldung etc.
(Financial Times, 11.7.86)

12-7-86 1-ZA

Sanctions costly - if they stick

Gavin Relly: assuming that sanctions would be effective, he fears that the denial of strong economic underpinning of the country's "nascent and fragile democratic institutions" would give way to tyranny. He sees no easy solution which does not involve risk; he thinks, however, that the less dangerous course is for the SA govt to abandon its piecemeal approach to reform and, instead, to open opportunities for black South Africans to take part directly in the political process.

(Financial Times, 12.7.86)

12-7-86 1-ZA

Durchführbarkeit und Folgen von Rohstoffsanktionen gegen Südafrika

zweiteiliger ausführlicher Artikel

(Neue Zürcher Zeitung, 11/12.7.86 und 14.7.86/ "Presseschau")

13-7-86 1-ZA

Business appeal to release Mandela and unban the ANC

9 leading SA businesses which control assets of more than R 35 000 m have made an urgent appeal to release Mandela and unban the ANC, unconditionally and immediately: Premier Group chairman Tony Bloom, Anglo American Chairman Gavin Relly, Pick 'n Pay Chairman Raymond Ackerman, Shell SA executive Chairman and president of the Federated Chamber of Industries John Wilson, BP Southern Africa Chairman Ian Simms, Southern Life Insurance chief executive Neil Chapman, Johannesburg Consolidated Investment Company chairman Gordon Waddell and Prudential Assurance Co (SA) MD Dorian Wharton-Hood. All called for the total dismantling of Apartheid. They were responding to a call by Barclays Bank managing director Chris Ball that SA would benefit by talking to the ANC and freeing political prisoners.

(City Press (SA), 13.7.86)

13-7-86 1-ZA

South African black business group hints at support for sanctions

Dr Sam Motsuenyane, president of SA's leading black business organisation (National African Federated Chambers of Commerce and Industry, Nafcoc) revealed that black businessmen were "under increasing pressure to align themselves with other black organisations in favour of disinvestment." Addressing the annual conference of Nafcoc, Motsuenyane said it was time for the organisation to review its existing policy. This accepts selective economic pressure as a non-violent alternative for dismantling apartheid but stops short of supporting the withdrawal of foreign investment and sanctions. Until blacks achieved an effective share of political and economic power and the government released political leaders and unbanned political organisations, Nafcoc would not participate in any effort to encourage new investment.

Motsuenyane also rejected government's proposed National Statutory Council: "We do not think it is of any use to be members of advisory bodies when we are not represented at the highest levels of government." Nafcoc which represents 15'000 black businessmen, is one of the black organisations being wooed by Botha to take part in the council.

(Financial Times, 13.7.86)

14-7-86 1-ZA

British business backs away from South Africa. Even without sanctions the UK is reducing its stake in the republic.

(Financial Times, 14.7.86)

14-7-86 1-ZA

Thatcher faces party revolt over sanctions

(Guardian (Br), 14.7.86)

15-7-86 1-ZA

- Südafrika-Sanktionen - welche Folgen hätten sie?

-> Commonwealth-Sanktionen; was für Folgen, wenn England sie unterstützen würde; Argumentation Thatchers gegen Sanktionen

- Nachbarn sind dem Burenstaat ausgeliefert

-> Folgen von Commonwealth- und EG-Sanktionen für SA's Nachbarländer

- Die Beziehungen der Schweizer Wirtschaft

-> Gold, Kredite, CH-Firmen-Präsenz in SA

Die gesamten Schweizer Investitionen (inkl. Wertschriften und Kredite) werden von der Aktion Südafrika-Boykott für 1983 auf rund 8 Mia Fr. geschätzt. Dies entspräche einem Anteil von rund 12% an den gesamten ausländischen Investitionen in SA.

(Basler Zeitung, 15.7.86)

18-7-86 1-ZA

Hilfe statt Sanktionen für Südafrika

Leserbrief Markus Herzig (Zuzwil)
(Neue Zürcher Zeitung, 18.7.86)

22-7-86 1-ZA

Leiden ohne Hoffnung

Leserbrief Marianne Mathis, AAB Chur
(Bündner Zeitung, 22.7.86)

23-7-86 1-ZA

Reagan refuses to yield on sanctions

"Mrs Thatcher is right" the President declared.
(Guardian (Br), 23.7.86)

24-7-86 1-ZA

- Südafrika-Boykott: Auch die Schwarzen sind geteilter Meinung

Die Frage von Sanktionen ist äusserst komplex; Leute mit grossen Verdiensten im Kampf gegen die Apartheid, wie Helen Suzman, Alan Paton oder Mangosuthu Buthelezi seien dagegen.

- Sanktionen träfen auch die Frontstaaten

- Wirkungen und Rückwirkungen eines Boykotts

inkl. Tabelle mit Handelszahlen plus Entwertung des Rand gegenüber dem Dollar
(Tages-Anzeiger, 24.7.86/ "Presseschau" S.49)

26-7-86 1-ZA

Westliches Dilemma in der Südafrika-Politik

Leitartikel
(Neue Zürcher Zeitung, 26/27.7.86)

29-7-86 1-ZA

CH-Banken steigen nicht aus SA-Geschäft aus

CH-Banken wollen nicht aussteigen, es geht um sehr viel Geld. KEM hatte vor einem Monat in Brief an 3 CH Grossbanken gefordert, weder neue Kredite an SA zu gewähren noch alte zu erneuern. SBG beabsichtigt, weiterhin ohne "Lückenbüsserrolle" für andere Banken, ihre finanzielle Beziehungen weiterzuführen. "Die SKA ignoriert die politische Bedeutung der wirtschaftsbeziehungen mit SA wenn sie betont, dass ihre Geschäftspolitik wirtschaftlich und nicht politisch orientiert sei." SBV lud zu Gespräch ein (u.a. mit Rutishauser). In abschliessendem Kommentar kritisierte Pfr.Vreni Biber vom KEM-Südafrikasekretariat die Banken wegen ihrer "Unkenntnis der Lage" in SA.
(Ostschweizer AZ, 29.7.86)

29-7-86 1-ZA

Uncertain, many whites hope to flee SA

(International Herald Tribune, 29.7.86)

29-7-86 1-ZA

Pressure mounts in US Senate on sanctions

The US Senate Foreign Relations Committee took up a package of new US economic sanctions against SA, designed primarily to put pressure on SA's white government without doing too much damage to the black majority. The measures go much further than the limited steps currently being considered by Reagan. They reflect mounting congressional dismay at the administration's unwillingness to take tough action.

As it now stands, the package before the committee would:

- > ban imports of SA steel, uranium, cement and aluminium;
- > withdraw US landing rights for SAA;

> direct the State Department to stop issuing visas for travel to the US for employees of the SA govt and govt-controlled industries, and revoke such existing visas;
> authorise Reagan to sell off US gold reserves to depress the world gold price; > block US bank accounts of govt and state-controlled company employees and freeze the US investment of such companies;
> prohibit any new investment in SA by US companies that do not adopt the Sullivan principles aimed at giving equal treatment and wages to black employees.
To this might possibly be added a total ban on investment; provide for penalties against companies that take competitive advantage of the sanctions at the expense of US corporations.

(Financial Times, 30.7.86)

30-7-86 1-ZA

Sanktionen sind unvermeidlich

Der britische Aussenminister Geoffrey Howe ist enttäuscht und ohne Ergebnisse aus SA abgereist (war im Auftrag der EG dort).

(Tages-Anzeiger, 30.7.86)

31-7-86 1-ZA

Die unsinnigen Sanktionen gegen SA. Ersatzlieferant wichtigster Rohstoffe ist allein Sowjetunion

von Hans Rudolf Böckli, asa

(Neue Zürcher Nachrichten, 31.7.86)

8-86 1-ZA

Aufmüpfig: Marianne Biedermann

"Moral geriet auf die Traktandenliste als Marianne Biedermann anlässlich der SBG-GV den übrigen Aktionären in Erinnerung rief, dass die schönen Gewinne teils auch aus SA, Drittweltdiktaturen oder von sonstigen Bösewichten stammten. Zu ihren SBG-Titeln kam Marianne Biedermann durch Erbschaft: schon der Urgrossvater war Aktionär."

(Bilanz, 8-86)

8-86 (?) 1-ZA

Boycottmassnahmen und Sanktionen gegen SA

Kleine und unvollständige Zusammenstellung internationaler und nationaler gewerkschaftlicher Stellungnahmen zu Boycottmassnahmen und Sanktionen gegen Südafrika.

(Solifonds-Doku, verschiedene Zeitungsartikel und Gewerkschaftsbeschlüsse)

1-8-86 1-ZA

Sanctions against SA: The rise and fall of Smith's Rhodesia

-> Auswirkungen von Sanktionen: Parallelen und Unterschiede Rhodesien 60er, 70er Jahre und Südafrika heute

(Financial Times, 1.8.86)

2-8-86 1-ZA.

Schweizer Banken bleiben im Geschäft mit SA

Schweizer Banken bleiben im SA-Geschäft - und folgen dem Aufruf der KEM nicht. Alle 3 Grossbanken haben laut dem evangelischen Pressedienst auf diesen Appell negativ reagiert. Die SBG habe geantwortet, sie betrachte zwar die Überwindung der Rassendiskriminierung als eine absolute Notwendigkeit, halte jedoch Sanktionen für einen falschen Weg zur Erreichung dieses Ziels. Die SKA meinte, ihre Geschäftspolitik sei wirtschaftlich und nicht politisch orientiert. Wirtschaftliche Sanktionen seien selbst in namhaften südafrikanischen Oppositionskreisen "sehr umstritten". Der SBV lud KEM-Verantwortliche zu einem Gespräch ein, das jedoch ebenfalls nichts an seiner Geschäftspolitik auszurichten vermochte. Nach Ansicht der KEM können sich die

schweizerischen Banken "offenbar nicht zu einer härteren Politik durchdringen, weil sie in SA sehr viel Geld liegen haben".
(Tages-Anzeiger, 2.8.86)

5-8-86 1-ZA

Boykotte verhindern den Krieg

von Paul Rutishauser, AAB

"Wenn wirtschaftliche Massnahmen abgelehnt werden, bleibt nur der Druck mit Waffen. Der ehemalige nigerianische Aussenminister Joe Garbe, heute Vorsitzender des UNO-Ausschusses gegen die Apartheid: 'Jetzt müssen wir tun, was wir offenbar schon längst hätten tun müssen, eine Armee gegen SA auf die Beine stellen.'(...). Seit Anfang dieses Jahres sterben durchschnittlich 5 Menschen pro Tag in gewaltsamen Auseinandersetzungen: Opfer des Polizeiterrors, ermordet durch Bürgerwehren, die im Dienst der Polizei stehen, oder als Verräter, weil sie der Zusammenarbeit mit der Regierung verdächtigt werden. (...). Durch 'business as usual' häuft die Schweiz grosse Schuld auf sich und steuert direkt bei zu einem grausamen Blutvergiessen im südlichen Afrika. Nichtstun bedeutet jetzt, den Rassismus zu unterstützen."
(Zeitlupe, 5.8.86)

5-8-86 1-ZA

UK unions investing in SA

The Trade Union Unit Trust set up to invest British trade unions funds, has 43 per cent of its £43 million portfolio invested in companies with links with South Africa. The Unit Trust is reconsidering its existing policy in SA investment.
(Financial Times (Br), 5.8.86)

5-8-86 1-ZA

Summit abandons Britain

Britain's 48 former colonies and dominions press ahead to call for sanctions against SA. Britain, however, still opposes to a radical approach on sanctions.
(Guardian (Br), 5.8.86)

7-8-86 1-ZA

Impact of sanctions on SA exports

With the exception of coal, most commodities under threat by sanctions generate a comparatively small proportion of the country's foreign exchange earnings.
(Financial Times (Br), 7.8.86)

14-8-86 1-ZA

US Firms keep a foot in the door

Of the 17 companies that have disinvested in 1986, 13 have retained substantial business connections through distribution, licensing or technology agreements. With very few exceptions, the products and services of companies that have withdrawn are still available.
(International Herald Tribune (US), 14.8.86)

18-8-86 1-ZA

White House angered by Senate rebuff

By a majority of 84 to 14, the Republican controlled Senate approved a package of restrictive measures against Pretoria. This puts the Senate on a course of defiant collision with the Reagan administration.
(Times (Br), 18.8.86)

22-8-86 1-ZA

Australia toughens its sanctions

Australia's sanctions go beyond the measures agreed by the Commonwealth. They include a ban on new investments in SA, a ban on new bank loans and the termination of all government assistance for trade ventures between the two countries.

(Times (Br), 22.8.86)

2-8-86 1-ZA

US Senate Sanctions

The Senate Foreign Relations Committee voted 15:2 to order economic sanctions against SA.

(International Herald Tribune (US), 2.8.86)

7-8-86 1-ZA

Die Sanktionen kommen, und sie werden schmerzen.

Hans O. Staub aus Johannesburg über die Stimmung in SA nach dem Commonwealth-Minigipfel.

Australien, Indien, Kanada, Simbabwe, Sambia und die Bahamas haben im Anschluss an das 7er-Treffen 11 Sanktionsmassnahmen gegen SA verhängt, darunter Abbruch Luftverkehr, Einfuhrverbot Früchte, Gemüse und Uran sowie Stopp jeglicher Darlehen. Grossbritannien akzeptierte bloss einen freiwilligen Verzicht auf Neuinvestitionen und Förderung des SA-Fremdenverkehrs.

"Sollten die Exporte weiterhin abfallen, würden von den 110'000 in den Bergwerken beschäftigten Kumpels und Angestellten aller Rassen ihrer 40'000 arbeitslos, was natürlich sofort einen schweren, fast unlösbaren politischen Konflikt auslösen müsste."

"Nur eine liberale Wirtschaft mit offenen Wettbewerbsbedingungen könnte die Schwarzen im Lande dazu bringen, sich am Leben der Öffentlichkeit in wirklich positiver Weise zu beteiligen."

(Weltwoche, 7.8.86)

9-8-86 1-ZA

Gold, Geld und Sanktionen gegen Südafrika

1985 exportierte die CH für 483 Mio Fr Güter nach SA, v.a. Maschinen (270 Mio Fr) und chemische Produkte (120 Mio Fr). Gemessen am gesamten CH-Aussenhandel entsprechen diese 483 Mio Fr allerdings nur 7 %.

Im längerfristigen Trend sind die CH-Exporte nach SA rückläufig: gegenüber 1981 betrug die Einbusse 28% und in der 1. Jahreshälfte 1986 gingen die Ausfuhren im Vergleich zur Vorjahresperiode nochmals um 16 % zurück.

Weit bedeutender sind hingegen die Importe, die wertmässig, von einigen Agrarprodukten und Metallen abgesehen, praktisch ausschliesslich aus Gold bestehen. Es wird angenommen, dass etwa die Hälfte der SA-Goldproduktion über die CH abgesetzt wird. Die Statistik wird nicht veröffentlicht, da Kunden anonym bleiben wollen; aufgrund der Gesamtstatistik lasse sich aber vermuten, dass die goldimportierenden CH-Banken in den letzten Jahren SA jeweils für rund 10 Mia Fr Gold abgekauft haben. Anteilsmässig hat Zürich allerdings deutlich an Bedeutung als Umschlagplatz verloren: 1982 noch 82,7% des Weltgoldhandels, 1985 nur noch 61,8%.

Goldverkäufe machen rund 45% der gesamten Deviseneinnahmen SA's aus.

SA's Goldproduktion machte 1985 gut 45% der Weltförderung aus.

> Um SA zu treffen, müssten somit in erster Linie die Goldverkäufe unterbunden werden; es folgen zahlreiche Gründe, weshalb sich dieses Unterfangen als unmöglich erweise

>>Fazit: aus ökonomischer Sicht stehen die Chancen, dass Sanktionen erfolgreich sind, nicht sonderlich gut.

(Tages-Anzeiger, 9.8.86)

9-8-86 1-ZA

How relaxed can Botha be?

It seems a foregone conclusion that economic sanctions of some sort will be imposed on SA by the US, the EC and the Commonwealth. But some countries will offer SA escape routes. Which are they, and how much do they matter?

Mehr als zwei Drittel der südafr. Exporte gehen nach Westeuropa und Nordamerika, und ungefähr ebenfalls zwei Drittel der SA-Importe kommen aus diesen Ländern.

“SA’s boast that the American and EEC markets will have their replacements rings a little hollow in view of the fact that the value of its exports to the likeliest sanctions-busting countries is around one-fourteenth the value of its exports to the countries, including Japan, that will probably impose sanctions.”

“But there will be plenty of leaks. The two most important commodities for SA are its gold (which accounts for nearly half its export earnings) and its oil imports. Barring central-bank action to cut the gold price, the value of gold exports seems secure. Switzerland holds the key. About 90% of SA’s gold goes there first before being sold off elsewhere. SA aircraft fly regularly into Zurich airport, where security guards transfer the metal to bonded warehouses. The gold does not even have to go through customs. Gold buyers often want their metal in Switzerland anyway. Gold traders deal for delivery in London, New York or Zurich. If, one day, sanctions mean gold is hard to buy in Britain or America there will still be Zurich. In any event, most SA gold is sold over Johannesburg telephones and telexes, so when it arrives in Switzerland it is already owned by non-South Africans.

So far the scrupulously neutral Swiss are sticking to their doctrine of the *courant normal*.”

Money, debt, foreign exchange: Of SA’s \$25 billion or so of foreign debt, almost all is owed to creditors in Europe and North America. Nearly a seventh of it is owed to five banks (Standard Chartered, Barclays, Citibank, Chase Manhattan and Morgan Guaranty). British direct and indirect investment alone accounts for about half of all foreign investment in SA.

“Whatever international sanctions are eventually decreed, few western bankers are any longer interested in lending to SA, and fewer western companies want to invest. But white South Africans hope that if high risk is offset by high interest and quick profits, they will still find willing lenders abroad. Not much of that extra high-risk money is likely to come from Asia, but SA has already identified foul-weather banking friends elsewhere. Again, Switzerland stands out, with West German bankers not far behind. When the SA Reserve Bank’s governor, Mr Gerhard de Kock, declared a moratorium on debt repayment last year, he said it was unfair to his friends in Switzerland and West Germany to leave them with a growing chunk of SA’s debt while the other bankers of the world ratted.”

“SA is due to repay \$3,6 billion this year of debts excluded from last year’s payment freeze. It does not have that much so is depending on Swiss and West German creditors to roll over these trade credits. SA bankers say, in private, that Swiss bankers are much warmer to their country than most. The two groups know each other well: Swiss banks have been the biggest buyers of bonds issued by SA utilities.”

(The Economist, 9.8.86)

11-8-86 1-ZA

“Ein Embargo bringt wenig”: Gespräch mit Franz Blankart

Die CH gehört zu einer kleinen Gruppe von Staaten an, die noch keine wirtschaftspolitischen Sanktionen gegen das SA-Apartheidregime ergriffen hat oder solche erwägt. Es ist auch unwahrscheinlich, dass der Bundesrat von dieser Linie abweicht, selbst dann, wenn die internationale Staatengemeinschaft unter Führung der USA weitergehende Boykottmassnahmen beschliessen sollte. Massgebend dabei ist der Grundsatz der Universalität schweizerischer Handelsbeziehungen, der Handel mit allen Staaten der Erde, unabhängig von deren politischem System und deren Ideologie.

Diese Haltung machen sich auch Banken, Handel und Industrie zu eigen. Obwohl die Exporte nach SA im ersten Halbjahr 1986 gegenüber der Vorjahresperiode um 28 Prozent zurückgingen, sind keine Anzeichen für einen Gesinnungswandel auszumachen.

Der Winterthurer Maschinenbaukonzern Sulzer etwa, der in Johannesburg 700 Mitarbeiter beschäftigt, stellt sich auf den Standpunkt, “dass es der schwarzen Bevölkerung mehr nützt,

wenn wir in SA gute, sichere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen". Neben der Schmidheiny-Gruppe ist der Nestlé-Konzern mit 4000 Beschäftigten in 12 Fabriken das in SA am stärksten engagierte CH Unternehmen. Sein oberster Chef, Verwaltungsratsdelegierter Helmut Maucher, umschreibt die Unternehmensphilosophie wie folgt: "Wenn wir jedes Land mit einem missliebigen politischen System verlassen wollten, dann wären wir längst keine multinationale Gesellschaft mehr."

Bei den Grossbanken tönt es ganz ähnlich: Zwar wird die Apartheid "selbstverständlich verurteilt", doch hält man Boykottmassnahmen für "kontraproduktiv und unvereinbar mit der schweizerischen Neutralitätspolitik". Und auch profitieren wollen die drei Grossen (SBG, SBV, SKA) nicht. "Wir würden sicherlich nicht in Lücken springen", versichert die SKA. "Im Gegenteil. Denn ein weltweiter Boykott wäre ein zusätzliches negatives Indiz, das gegen weitere Kredite spricht. Bereits heute ist der Kapitalexport nach SA rückläufig."

Frage: sind Sanktionen ein taugliches Mittel?

Blankart: "(...). Wäre die CH in der Vergangenheit bereit gewesen, unter dem Druck ausländischer Sanktionen ihre innenpolitischen Gegebenheiten zu ändern, zum Beispiel die Verfassung von 1848 oder das Frauenstimmrecht einzuführen? (...). Und vergessen wir nicht die Möglichkeit von Gegenmassnahmen SA's, welches mit der Sowjetunion das Quasi-Monopol für lebenswichtige Rohstoffe in der Hand hält." und: "Sinnvoller als ein Boykott mit möglicherweise unverantwortbaren Folgen wäre ein Zusammenspannen der tatsächlich demokratischen Kräfte, wobei der Schlüssel des Problems im Weissen Haus liegt."

Frage: schliesst sich die CH einem weltweiten Boykott an?

Blankart: "Ich kann lediglich sagen, dass es in der Vergangenheit einer Konstante der schweizerischen Politik entsprochen hat, wirtschaftliche Massnahmen zur Erreichung politischer Ziele in einem anderen Land grundsätzlich abzulehnen, wie wir uns in den Beziehungen unter den Völkern auch gegen den Einsatz politischer Druckmittel zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele wenden. Unser Land hat diese Haltung in den letzten Jahren im Falle Irans, Polens, Israels, Nicaraguas und Libyens bestätigt."

Blankart erwähnt bezügl. Boykottmassnahmen das Waffenausführverbot 1963 sowie den bewilligungspflichtigen Kapitalexport-Plafonds von 1974: "Bei diesen Massnahmen standen humanitäre Überlegungen bzw. die Wahrung wirtschaftlicher Landesinteressen im Vordergrund. Für unsere grundsätzlichen Zweifel gegenüber Wirtschaftsmassnahmen sind im übrigen nicht in erster Linie neutralitätspolitische Überlegungen massgebend, sondern das schweizerische Interesse, an der Universalität unserer Wirtschaftsbeziehungen festzuhalten. Der Unterhalt von Wirtschaftsbeziehungen beinhaltet keine moralische Gutheissung der Politik des Wirtschaftspartners, ansonst wir konsequenterweise gegenüber allen Unrechtsregimen unsere Wirtschaftsbeziehungen unterbrechen müssten."

Und weiter: "Hüten wir uns davor, als komfortables Mittel jener missbraucht zu werden, die in der SA-Krise keineswegs humanitär gesinnt sind, sondern handfeste wirtschaftliche und v.a. politische Ziele verfolgen."

Rückläufiger Handel: SA für CH relativ unbedeutend, gegenüber 1981 gingen Exporte um 28 % zurück. 1985 nur noch Güter im Wert von 484 Millionen ausgeführt, Anteil von nur 0.7% am gesamten CH-Aussenhandel. Gold bedeutender – rund die Hälfte über den von drei CH-Grossbanken kontrollierten Zürcher Goldpool abgewickelt, zwischen einer und vier Milliarden Franken pro Jahr. Seit 1980 stieg aber die Nettoverschuldung SAs gegenüber CH-Banken (Schulden abzüglich Guthaben) von 800 Millionen auf 3,95 Mrd Franken. An erster Stelle steht die SBG mit 1,5 Mia. Rund 3 Dutzend CH Firmen unterhalten in SA Niederlassungen, v.a. die Schmidheiny-Gruppe und Nestlé, dann BBC, Alusuisse, Schindler, Sulzer, Ciba-Geigy und Roche. Die bislang getätigten Investitionen dürften sich auf 8 Mia Fr belaufen – was ein Anteil von immerhin 12% der gesamten Auslandsinvestitionen ausmacht. (Schweizer Illustrierte, 11.8.86)

11-8-86 1-ZA

Gegen Südafrika-Sanktionen. Stellungnahme aus dem Bundesamt für Aussenwirtschaft

Pressemeldung zum Interview mit Franz Blankart in der SI (AP/Neue Zürcher Zeitung, 11.8.86)

13-8-86 1-ZA

Zürcher Notenkonvention ohne den südafrikanischen Rand

Die CH-Grossbanken haben entschieden, den Rand aus der Notenkonvention fallen zu lassen, mit denen die für Detailgeschäfte geltenden Kurse verbindlich geregelt werden. Grund: die starken spekulativen Schwankungen, offenkundig im Sog der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Die Banken stellen jedoch nach wie vor Kurse für den Rand, der weiterhin gehandelt wird. SA hat laut Zentralbankchef Gerhard de Kock 215 Mio R an den IWF zurückbezahlt. Dabei handle es sich um die dritte Teilrückzahlung eines Kredites über 1 Mia. Sonderziehungsrechte aus dem Jahr 1982. (Neue Zürcher Zeitung, 13.8.86)

15-8-86 1-ZA

Fotografinnen protestieren gegen SA-Unterstützung der Banken

Protestaktion vor dem Hauptsitz des SBV in Zürich. (WochenZeitung, 15.8.86)

16-8-86 1-ZA

Buren stur bis zum Untergang: Macht teilt man nicht

Kommentar zum ausserordentlichen Parteitag der National Party (in derselben Woche): "Es kann zwar damit gerechnet werden, dass die Verantwortlichen in Pretoria damit fortfahren, den Apartheidforst weiter auszuholzen. Doch - und dies hat der Parteitag von Durban mit erschreckender Deutlichkeit an den Tag gebracht - sie sind nicht bereit, in der zentralen Frage Konzessionen zu machen. Denn dabei geht es schlicht und einfach um die Macht im Staat, und zwar um die ganze, wie sie auch von manchen schwarzen Politikern beansprucht wird. In Durban hat die weisse Führung in einem in jüngster Zeit kaum erlebten Ausmass die Vergangenheit beschworen und ihrem Anhang versichert, dass an den Eckpfeilern der Rassenpolitik nicht gerüttelt werde. Das betrifft vor allem getrennte Wohn- und Lebensräume und getrennte Schulen. Dazu sprach man von den Homelands und ‚autonomen Stadtstaaten‘ für die Schwarzen, von neuen regionalen und lokalen politischen Strukturen, die man schaffen will, sowie von der Möglichkeit, dass in Zukunft Schwarze in einem weiteren ‚Superrat‘ mit beratenden Funktionen mit Angehörigen der anderen Bevölkerungsgruppen auf höchster Ebene über nationale Belange reden werden. Doch mit solchen Spielereien geben sich immer weniger Schwarze zufrieden und die weissen Verfassungsarchitekten finden im Schosse der riesigen schwarzen Bevölkerungsmehrheit kaum noch Politiker von Gewicht, die sich vor einen solchen Karren spannen liessen. Es ist auch nicht klar, mit wem die Regierung überhaupt verhandeln will, nachdem Tausenden von schwarzen Aktivisten, die zum Teil in der Tat über Anhang verfügen und in ihren Gemeinden Vertrauen geniessen, hinter Kerkenmauern verschwunden sind."

"(...) ‚mit den Füßen‘ stimmen mittlerweile auch immer mehr Weisse am Kap der Guten Hoffnung ab, und zwar indem sie in steigender Zahl ihrer Heimat den Rücken kehren. Bei diesen Auswanderern handelt es sich keineswegs bloss um ‚Flugsand‘, sondern dazu gehören Spitzenleute aus Wirtschaft, von Universitäten und freien Berufen."

(Basler Zeitung, 16.8.86)

16-8-86 1-ZA

Südafrikas circulus virtuosus

Kommentar NZZ, ebenfalls zum Parteikongress (Neue Zürcher Zeitung, 16.8.86)

20-8-86 1-ZA

SPS fordert Bundesrat zu Massnahmen auf: Nicht vor Verantwortung drücken

-> Brief an den BR im Wortlaut abgedruckt

"Wir sehen u.a. folgende Möglichkeiten:

Solange die eigentlichen Wortführer der Schwarzen in SA im Gefängnis sitzen, gibt es keine Chance für eine friedliche Lösung. Es würde unserem Land gut anstehen, eine europäische

Initiative für die Freilassung von Nelson Mandela, nach wie vor anerkannter Wortführer der Schwarzen, und den übrigen politischen Gefangenen zu ergreifen

> falls für Exporte nach SA noch Exportrisikogarantie geleistet wird, ist davon abzusehen

> das Importverbot für Krügerland ist fällig

> Verzicht auf jegliche Handelsförderung

> sollte der ‚Westen‘ die Flugverbindungen nach und von SA unterbinden, müsste sich die Swissair diesem Boykott anschliessen.

“Uns ist bewusst, dass Wirtschaftsbeziehungen in der Regel nicht nach moralischen Gesichtspunkten geführt werden. Südafrika aber ist ein Sonderfall, vor dem auch nicht die Neutralität schützt. Wenn massgeblich EG-Staaten und EFTA-Partner, d.h. wenn der ‚Westen‘ tatsächlich zu Boykottmassnahmen übergehen wird, dann scheint es uns endgültig klar zu sein, dass die Schweiz dabei sein müsste und nicht isoliert abseits stehen dürfte. Landesinteressen gehen dann vor Handelsinteressen. Deshalb muss in einem solchen Fall die Regierung handlungsfähig sein und hat die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen. Zu den Rahmenbedingungen im Interesse des Landes gehört die staatliche Glaubwürdigkeit nach innen und nach aussen.”

(Basler AZ, 20.8.86)

20-8-86 1-ZA

Sanktionsdrohungen über Südafrikas Aussenhandel

(Neue Zürcher Zeitung, 20.8.86)

22-8-86 1-ZA

Boycott busting: A new industry booms

(Weekly Mail (SA), 22.8.86)

22-8-86 1-ZA

Coping with sanctions

Jean Brown, MD of Volkskas Merchant Bank (VMB), believes that one of the prime roles of merchant banks in the next few years will be to act as go betweens in sanction-busting. “If you look back in history, which I believe repeats itself, banks have always played a very important role in dealing with sanctions”, Jean Brown said.

(Financial Mail (SA), 22.8.86)

22-8-86 1-ZA

Schweizer an Kongress über radioaktive Abfälle in SA

Rudolf Rometsch, Präsident der nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) nimmt an einem Kongress vom 8.-12.9. in SA teil.

(WochenZeitung, 22.8.86)

23-8-86 1-ZA

SA-Boycott und die CH

-> Replik Hannes Deetlefs (gebürtiger Südafrikaner) auf Paul Rechsteiners Boykott-Ja- Beitrag voriger Woche.

Englisch-sprechende Südafrikaner sind besonders stark in der Geschäfts und Medienwelt vertreten und können es sich gut leisten, eine liberale Politik zu vertreten, denn sie fühlen sich in ihrer Existenz nicht bedroht, “wenn es anders als gedacht kommen sollte”. Sie können im Ernstfall die “Koffer packen”. Die burische Regierung hingegen, könne “das Schiff nicht einfach verlassen” da ihre Mitglieder bloss einen südafrikanischen Pass haben. “Sie können sich kaum eine liberale Politik leisten, und darum ist es so bitter tragisch, dass man einen Präsidenten Botha mit seinen durchaus echten Reformbemühungen so einsam im Regen stehen lässt.”

(Die Ostschweiz, 23.8.86)

23-8-86 1-ZA

SP fordert Banken-Boycott – Bestandteil der Anti-Apartheid Kampagne

Die Mitglieder der SP des Kantons Zürich sollen jene Banken boykottieren, die noch in SA investieren. Ferner soll Coop alle Importe aus SA einstellen. Von der ZKB und GZB (Genossenschaftliche Zentralbank) wird Verzicht auf Verkauf von Krügerrand-Goldmünzen verlangt. Die SP-Fraktion des Zürcher Kantonsparlaments erklärte ihre Opposition gegen einen Kredit von 400'000 Franken, mit dem der Kanton Zürich in Bophuthatswana ein Bibliotheksprojekt in einer Gewerbeschule unterstützen will. Es gehe nicht an, "dass der Kanton Zürich mit Geldern aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke die von SA gesteuerte Politik der Einpassung der schwarzen Bevölkerung als Arbeitssklaven in abhängig gehaltene Grenzstaaten fördert", heisst es im Pressecommuniqué. (Tages-Anzeiger, 23.8.86 sowie Volksrecht, 25.8.86)

28-8-86 1-ZA

"Mitschuldig an einem fürchterlichen Blutbad": Umfrage unter Aussenpolitikern über Sanktionen gegen Apartheidregime

In einem Brief an den BR fordert die SP ebenfalls Massnahmen (Verzicht auf Handelsförderung, Importverbot für Krügerrand, Suspendierung der Flugverbindungen). Wewo-Umfrage bei den Mitgliedern der aussenpolitischen Kommissionen beider Räte zeige, dass eine klare Mehrheit Sanktionen teils aus neutralitätspolitischen Gründen, teils aus der Erfahrung heraus, dass sie ihr Ziel verfehlen und die Falschen treffen, ablehnt. "Gleichzeitig sind sich die parlamentarischen Aussenpolitiker aber bewusst, dass die CH unter Zugzwang geraten könnte, falls sich die grosse Mehrheit der Staaten zu umfassenden Sanktionen entschliesst."

(Weltwoche, 28.8.86)

28-8-86 1-ZA

Harte Kämpfe in den Strassen von Soweto

Angeblich 20 Tote bei schweren Auseinandersetzungen, mehr als 80 Verletzte (taz (BRD), 28.8.86)

28-8-86 1-ZA

Der Weg führt weiterhin über Zürich. Umgehungsgeschäfte: ein Goldboykott gegen SA trifft Handelsplatz Schweiz kaum

"Die Welt kann auf das Gold aus SA nicht verzichten. Wirksame Boykottmassnahmen sind von daher nicht zu erwarten. Aber selbst wenn, sind sie kaum wirksam. Für den Apartheidstaat ist es ein leichtes, den Devisenbringer Nr.1 über Drittstaaten in den Haupthandelsplatz Zürich zu schleusen."

etliche Zahlen

(Weltwoche, 28.8.86/"Presseschau")

29-8-86 1-ZA

Die Schweiz: Pretorias zweitbesten Kunde

LoRa versucht in Zürich eine SA-Boykottkampagne auszulösen. Seit den 700 Toten aus dem Jahr 1976 hat sich die Einfuhr von Verbrauchsgütern aus SA in die CH verfünffacht. In absoluten Zahlen steht die CH als Nummer zwei auf der Kundenliste der Republik, CH-Exporte stehen an siebter Stelle hinter den grossen westlichen Industrienationen.

(WochenZeitung, 29.8.86)

29-8-86 1-ZA

Mediziner im Widerstand: Schwarzes Herz, weisse Transplantationen

-> Interview mit einem Mitglied des schwarzen Medizinerverbandes NAMDA

(WochenZeitung, 29.8.86)

9-86 1-ZA

Ethische Entscheidungshilfen

-> Auszug aus Studie Justitia et Pax, "Unsere Verantwortung für Südafrika" (5 Seiten)

-> verschiedene Verhaltenskodices für die Wirtschaft (EG, Sullivan etc.)

(Bilanz 9-86)

5-9-86 1-ZA

Japan threatens more action

Depending on what the EEC decides, Japan will take additional measures against SA.
(Times (Br), 5.9.86)

6-9-86 1-ZA

Schweizer Firmen sollen in SA investieren

Die Schweizer Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IFGM) verurteilt den Ausnahmezustand in SA und fordert die CH-Firmen und Banken auf, sich vermehrt für eine friedliche Lösung einzusetzen. Keinesfalls sollten sie jedoch den Boykottaufruf Folge leisten, sondern ihr wirtschaftliches Engagement verstärken.
(SDA/Tages-Anzeiger, 6.9.86)

8-9-86 1-ZA

Blockfreie rufen zu Sanktionen auf

Blockfreien-Gipfel in Harare einigt sich aber nicht auf eigene verbindliche Sanktionen; zur Unterstützung der Frontstaaten gründet die Bewegung einen "Solidaritätsfonds", der bei ökonomischen Gegenmassnahmen Pretorias als Antwort auf Sanktionen helfe.
(Berner Zeitung, 8.9.86)

9-9-86 1-ZA

Beitrag an Homeland Bibliothek – Unterstützung der Apartheid ?

Der Zürcher Kantonsrat hat 400'000 Fr. für eine Bibliothek in Bophuthatswana bewilligt. Linke sind dagegen, die restlichen Parteien sehen den Zustupf als unterstützenswerte Entwicklungshilfe, die den Bildungsstand der Schwarzen fördert. Die insgesamt 2 Mio. Fr. teure Bibliothek soll in der Berufsschule von Ga-Rankuwa errichtet werden und auch der Öffentlichkeit zugänglich sein. Die Berufsschule wurde 1976 mit Hilfe verschiedener Schweizer Firmen eröffnet – Holderbank, Ciba-Geigy, Brown-Boveri, Everite (Leitung: Alfred Hotz). Schulleiter Hotz (zitiert von SVP-KR Oskar Bachmann): "Meine Schule ist ein sinnvoller Beitrag gegen die Apartheid, diese sofort aufzuheben bedeutete allerdings das Chaos." Der Beitrag wird mit 112 zu 29 Stimmen beschlossen.
(Tages-Anzeiger, 9.9.86)

11-9-86 1-ZA

Sanctions by Ottawa

Ottawa has ordered SA tourism and airline offices in the country to shut down by November 1.
(Times (Br), 11.9.86)

12-9-86 1-ZA

Sanctions-buster

According to a successful sanctions-buster the two main beneficiaries of sanctions are Eastern Europe and South East Asia. Sanctions don't work, "everything can be tied up for the price of a few lunches in the West End of London."
(Times (Br), 12.9.86)

12-9-86 1-ZA

Mossel Bay gas project

The Mossel Bay gas project, due to produce one-tenth of SA's transport fuel needs within 7 years, will cost at least another R 2400m, half of the price of the original project.
(The Star (SA), 12.9.86)

12-9-86 1-ZA

Swissair soll SA-Flüge einstellen

-> Offener Brief vom "Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung" an den Direktionspräsidenten der Swissair: Aufforderung, die Flüge nach SA einzustellen, da gängige Reisen nach SA dazu beitragen, rassistische Vorurteile zu bestärken und Flüge nach SA die Apartheid unterstützen - deshalb fordere der Commonwealth ja seine Mitgliedstaaten auf, den Flugverkehr nach SA einzustellen.

> Antwort der Swissair (Vizedirektor Xavier Bregenzler), 24.9.86:

Swissair sei neutral, befördere bloss Menschen von A nach B, und habe dafür eine Konzession vom Bund. "Die Swissair kann und will sich nicht zum Richter aufspielen. Mit dieser Zurückhaltung sind wir bis heute gut gefahren." Die Strecke nach Johannesburg laufe gut, insbesondere auch viele CH-Journalisten, die ja sonst ihrer Arbeit nicht nachgehen könnten. "Eine Aufgabe dieser Route wäre ein politischer Entscheid und Sache des Bundes. Auch hier sind die guten Dienste von Schweiz und Swissair für viele afrikanische Staaten nicht zu unterschätzen."

(Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, 12.9.86)

15-9-86 1-ZA

Sports Mercenaries

Australian Wallabies are being offered R 128'000 to tour SA next year. Reports claimed that SA rugby officials were determined a tour involving Australians would take place. According to reports, the offer of R218'000 was made as a nonrepayable loan to be deposited in a Swiss bank.

(The Star (SA), 15.9.86)

15-9-86 1-ZA

Der Kantonsrat und die Apartheid

Leserbrief Karin Ernst

"Galt Bophuthatswana früher als ein Homeland, in dem die Menschenrechte respektiert wurden, so den Berichten der liberalen südafr. Zeitung Weekly Mail zu entnehmen, dass sich die Lage seit dem letzten Herbst auch in diesem Homeland drastisch verschlechtert hat und die Polizei auch hier, analog zu den südafrikanischen Polizei- und Armeekräften, immer repressiver gegen die eigene Bevölkerung und Apartheidgegner vorgeht." Bsp: Winterveld, neben Ga-Rankuwa: Im Zush. mit einem Konsumentenboykott und einem dreitägigen Streik in der Region hat sich am 26.3.86 eine grosse Menschenmenge von meist älteren Leuten im Fussballstadion zusammengefunden, um die Freilassung von mehreren jungen Leuten zu erwirken. Laut Augenzeugenberichten hat die Polizei von Bop. ohne Vorwarnung in die Menge geschossen: 11 Tote, gegen 200 Verletzte.

(Tages-Anzeiger, 15.9.86)

16-9-86

EG beschliesst Sanktionen

16-9-86 1 ZA

EEC is ready to impose sanctions

On SA, 12 EEC foreign ministers have recognised that diplomatic pressures have had no impact on SA policies. The EEC is therefore braced to impose an important package of sanctions against SA.

(Guardian (Br), 8.9.86)

16-9-86

Die USA sind jetzt Schrittmacher bei den Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika

Gegen den Willen Reagans haben jetzt beide Kammern des US-Kongresses Wirtschaftssanktionen beschlossen. Die Mehrheiten sind so deutlich, dass ein eventuelles Veto von Reagan höchstwahrscheinlich überstimmt wird.

Mit oder ohne Reagan gelten deshalb die US-Sanktionen im Moment als sicher.

Das Sanktionspaket enthält:

- > finanzielle Sanktionen: neue öffentliche oder private Kredite, Investitionen oder Erhöhungen alter Kredite sind verboten. Gestattet bleiben Re-Investitionen von in SA erwirtschafteten Gewinnen, kurzfristige Kredite, Umschuldungen sowie Kredite für Erziehung, Wohnungsbau oder humanitäre Zwecke
 - > Importverbot: Kein Import mehr von Uran, Kohle, Textilien, Eisen und Stahl, Waffen, Munition, Militärfahrzeugen, Landwirtschaftsprodukten, Nahrungsmitteln. SA's Zucker-Importquote wird an die Philippinen abgegeben. Keine direkten oder indirekten Importe mehr von staatlichen Firmen und permanenter Importbann für Krügerland
 - > Exportverbot: Keine Exporte mehr von Rohöl, Ölprodukten und Munition. Kein Waffenexport nach Uno-Richtlinien. Keine Exporte von Material, Bestandteilen oder Technologie für Atomkraftwerke. Weiterhin kein Export mehr von Computern und Computertechnologie an Militär, Polizei oder andere Regierungsstellen, die Apartheid durchsetzen
 - > Verkehr: Aufhebung des Luftverkehrsabkommens, keine südafrikanische Landungen mehr in den USA, Verbot von US-Flügen nach SA
 - > Verschärfung oder Beendigung: Der Beschluss droht mit noch schärferen Massnahmen, wenn SA innert eines Jahres keine "substantiellen Fortschritte" bei der Abschaffung des Apartheidsystems macht. Dies wären: Importbann für Diamanten und weiteren Mineralien, Stopp jeder US-Militärhilfe an Staaten, welche SA Waffen liefern
- Andererseits sollen die Sanktionen beendet werden, wenn SA 4 der folgenden 5 Voraussetzungen erfüllt:
- > Freilassung von Nelson Mandela und anderen politischen Gefangenen
 - > Aufhebung des Ausnahmezustandes
 - > Legalisierung politischer Parteien
 - > Aufhebung aller Gesetze, die bestimmen, wo Schwarze leben und arbeiten dürfen
 - > Beginn von Regierungsverhandlungen mit Anführern der Schwarzen
- Kasten: Handelsstatistik: je Land, nach Handel total, Importe von SA, Exporte nach SA sowie Prozentanteil des SA-Handels am Gesamtaussenhandel
(Tages-Anzeiger, 16.9.86/ "Presseschau")

16-9-86 1-ZA

EEC in sanctions deal

The EEC agrees on a ban on iron and steel imports. The most potent sanction under consideration, a ban on coal, was abandoned due to strong resistance from West Germany and Portugal. The question if cold coins should also be part of the package is still pending. South Africa's steel and iron exports are only worth £ 275 million and gold coins £ 92 million, whereas coal exports amount to £825 million annually. West Germany imports a third of South Africa's coal export.
(Times (Br), 17.9.86)

17-9-86 1-ZA

Eine arbeitslose Front gegen Apartheid

SA's schwarze Gewerkschaften bereiten sich auf die durch Sanktionen verursachte Arbeitslosigkeit vor.
(taz (BRD), 17.9.86)

17-9-86 1-ZA

Ein Motor der Apartheid

Das Aussperren von Kohle in den Sanktionsbeschlüssen der EG hilft Südafrika und der BRD: vor Japan und den USA sind die EG-Länder die mit Abstand wichtigsten Abnehmer von Kohle. Anteil der BRD an den insgesamt von der EG eingeführten Kohle: 14%. Kohle ist nach Gold der zweitwichtigste Devisenbringer SA's. Um den Auswirkungen der bereits von Frankreich und Dänemark dieses Jahr verhängten Embargos begegnen zu können, verkauft SA die Kohle bereits unter Weltpreis, und verhandelt mit Korea und Taiwan, die gegen Preisnachlass als Zwischenhändler fungieren sollen.

(taz (BRD), 17.9.86)

17-9-86 1-ZA

EG: ein "wichtiges" Signal an Pretoria

EG-Aussenminister einig über Sanktionen gegen SA - wichtigster Brocken ausgenommen (nur 4 von 5 angedrohten Sanktionen kommen)

Die EG-Aussenminister haben sich auf Sanktionen geeinigt: Einfuhrverbote für Eisen, Stahl und Goldmünzen sowie ein Verbot neuer Investitionen.

Doch am starken westdeutschen und portugiesischen Widerstand (Argument: gefährdete Arbeitsplätze für Zehntausende von Schwarzen) scheiterte ein Importverbot für Kohle. Einfuhrverbote für Stahl und Eisen ab 27-9; über Einzelheiten der Anwendung des Verbots der Einfuhr von Goldmünzen und neuer Investitionen müssen die EG-Botschafter noch entscheiden.

Die Sanktionen sind für die EG nur von geringer wirtschaftlicher Bedeutung. Die EG importierte im letzten Jahr Waren im Wert von 9.14 Mia ECU (1 ECU=1,70 Fr.). Die Eisen- und Stahlimporte betragen 424 Mio ECU, die Goldmünzen 142 Mio ECU.

Bei einem Kohle-Embargo dagegen wären Importe im Wert von rund 1,3 Mia ECU betroffen gewesen.

Kasten: Schweizer Position: Die von den EG-Aussenministern beschlossenen Sanktionen ändern nichts an der traditionellen Haltung der CH gegenüber Sanktionen.

(SDA/Der Bund, 17.9.86/"Presseschau")

17-9-86 1-ZA

Des sanctions atténuées

La RFA obtient la suppression du charbon de la liste des embargos

-> EG-Sanktionen; Rolle BRD

(Le Matin, 17.9.86/"Presseschau")

17-9-86 1-ZA

Tighter SA sanctions urged by Rotterdam

In opposition to the EEC sanction agreement, the Rotterdam city council calls for comprehensive sanctions.

(Fin. Dagblad (Neth.) 22.9.86)

18-9-86 1-ZA

Sanktionen gegen Südafrika: Wer tut was?

Übersicht über nationale und supranationale Massnahmen

(AP/Vaterland, 18.9.86/"Presseschau")

19-9-86 1-ZA

Sehr beschränktes Ausmass der EG-Südafrikasanktionen

nach statistischer Auswertung sei klar, dass die Sanktionen noch schmalbrüstiger ausgefallen sind als urspr. angenommen: Insbesondere im Bereich von Eisen und Stahl hatten die Schätzungen zu hoch gelegen. Von den Sanktionen werden nämlich nur die dem EGKS-Vertrag unterliegenden Produkte erfasst, und selbst von denen sind Ferromangane, Ferrochrome und Ferronickel vom Importbann ausgeklammert worden. Spezialstähle und hochwertige Legierungen können ebenfalls weiterhin in die EG eingeführt werden. Es unterliegen nur Produkte dem Importstopp, die 1985 insgesamt 2.6% aller Einfuhren ausgemacht hatten.

inkl. Kasten: Der EG-Handel mit SA und die Sanktionen im Überblick

(Neue Zürcher Zeitung, 19.9.86/"Presseschau")

20-9-86 1-ZA

Sanktionen und Neutralität

Kommentar

(Basler Zeitung, 20.9.86/"Presseschau")

20-9-86 1-ZA

EG-Verhaltenskodex von den EG-Aussenministern verabschiedet

7 Punkte, mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen schwarzer Arbeiter zu verbessern.

- > Gewerkschaften zulassen
 - > Wanderarbeiter soweit möglich nicht einstellen
 - > Löhne sollen mindestens 50 Prozent über dem für eine vierköpfige Familie lebensnotwendigen Mindeststandard liegen
 - > Aufstiegsmöglichkeiten schwarzer Arbeiter gewährleisten
 - > freiwillige Sozialleistungen ausdehnen
 - > Rassentrennung am Arbeitsplatz beseitigen
- (taz (BRD), 4.11.86)

20-9-86 1-ZA

Kaum Reaktionen auf die EG-Sanktionen in Südafrika

(Neue Zürcher Zeitung, 20./21.9.86 / "Presseschau", S.51f.)

20-9-86 1-ZA

SA coal ban sought

The European Coal and Steel Community's consultative meeting demands that coal be included in the EEC sanctions package.

(Fin. Times (Br) 20.9.86)

21-9-86 1-ZA

Call to "Negotiate Now": Gordon Waddell (chairman JCI)

Only acceptance of a universal franchise for all South Africans would ensure an end to violence and unrest, Johannesburg Consolidated Investment chairman Gordon Waddell said in London recently. And he called for immediate negotiations, for the achievement of that goal. A universal franchise was inevitable despite its rejection by government, Waddell told the shareholders' meeting when delivering JCI's annual report. "The cost of that rejection will, in human and material terms, be simply enormous and in the end the sacrifices will have been wasted. Surely it must be better for all to come to terms with reality and negotiate now so as to avoid a similar path to that followed by the Smith government in Rhodesia." Waddell said that while a siege economy might appear beneficial initially, the real sacrifices required would only become apparent when additional sanctions were imposed, as the quality of life deteriorated, and government moved "inexorably to still the remaining voices of dissent in order to try and maintain its writ as far as possible."

(City Press (SA), 21.9.86)

22-9-86 1-ZA

Keine Sanktionen gegen Südafrika (BR-Erklärung)

Der Bundesrat hat seine ablehnende Haltung zu Sanktionen gegenüber SA bekräftigt: Wirtschaftliche Sanktionen gegen SA seien nicht geeignet, um politische Situation zu verändern. Er wiederholte die deutliche Ablehnung des Apartheidregimes und stellte Massnahmen in Aussicht, damit die CH nicht zur Umgehung der Sanktionen anderer Länder missbraucht werden könne.

"Wenn die Schweiz nicht an die Zweckmässigkeit von wirtschaftlichen Sanktionen glaubt und am Prinzip der Universalität ihrer Wirtschaftsbeziehungen festhält, so darf dies in keiner Weise als Unterstützung der Apartheid verstanden werden", heisst es in der von Vize-Kanzler Achille Casanova verlesenen Erklärung. Der BR erachtet es als notwendig, den Dialog sowohl mit der südafrikanischen Regierung als auch mit den Vertretern der anderen interessierten Parteien aufrechtzuerhalten. Die Landesregierung betrachtet den Dialog als einziges Mittel, Spannungen abzubauen und für alle annehmbare Lösungen zu finden.

(SDA/Tages-Anzeiger, 23.9.86)

22-9-86 1-ZA

"Dialog" mit Südafrika. BR gegen wirtschaftliche Sanktionen

>(BR-Erklärung) vgl. TA-Bericht oben. plus: Der BR befürchte, Wirtschaftssanktionen könnten indirekt auch andere Regionen treffen und im südl. Teil Afrikas eine schwere Wirtschaftskrise herbeiführen.

plus: Der BR plädiert für "Positive Massnahmen": Er gedenkt, die Hilfe an die benachteiligten Bevölkerungsschichten namentlich im Bildungswesen zu verstärken plus Dialog: "Die abgegebene Erklärung erinnert erneut an die ständige Bereitschaft der Schweiz, dazu beizutragen, dass dieser Prozess in Gang kommt."
(Neue Zürcher Zeitung, 23.9.86)

22-9-86 1-ZA

British Airways seeks way round sanctions

(Times (Br), 22.9.86)

23-9-86 1-ZA

Bundesrat will nichts von Sanktionen wissen

Anders als die USA und die EG lehnt die CH Sanktionen ab, hingegen prüft der Bundesrat, ob der Handel mit SA auf dem aktuellen Niveau begrenzt bleiben soll. "Dass die Landesregierung solche Massnahmen nicht sofort ergreift, sondern erst noch prüfen muss, könnte möglicherweise mit dem kürzlich erfolgten Beschluss zusammenhängen, den Goldhandel ab Oktober von der Warenumsatzsteuer zu befreien. Mit dieser Massnahme soll der teilweise ‚abgewanderte‘ Goldhandel wieder auf den Finanzplatz Schweiz zurückgeholt werden. Aus dieser Sicht wäre es wenig sinnvoll, den Handel mit SA im Goldsektor auf dem derzeitigen niedrigen Niveau festzuschreiben. Vielleicht möchte der Bundesrat den ‚courant normal‘ erst einführen, wenn der Goldhandel dank Abschaffung der WUST wieder floriert."
(Basler Zeitung, 23.9.86)

25-9-86 1-ZA

Sweden's trade with SA falls sharply

Swedish imports from SA dropped 73% (£ 7,16 million), exports decreased by 29% (Skr 408 million).

(Fin. Times (Br), 25.9.86)

27-9-86 1-ZA

EG-Sanktionen: Die Einfuhrverbote für Stahl und Eisen treten in Kraft

(SDA/Der Bund, 17.9.86/"Presseschau")

29-9-86 1-ZA

SA's economy: A brain drain threat to the future

(Financial Times, 29.9.86)

30-9-86

Sanctions „the best answer“

The British shadow Foreign Secretary, Mr. Denis Healey said: "If we have any hope of shortening the agony and reducing the bloodshed it must be as a result of sustained pressure from the outside world through sanctions."

Times (Br), 30.9.86)

10-86-1-ZA

Summary of Western Economic Sancitons against SA

Table

(AWEPA Bulletin (Neth), 10.86)

2-10-86 1-ZA

Trauertag in Südafrika mit Massenstreik

250'000 schwarze Bergleute streikten im Gedenken an Opfer des Grubenunglücks.

(AP/Tages-Anzeiger, 2.10.86)

2-10-86 1-ZA

Botha bekräftigt Grundsatz getrennter Wohngebiete

Botha bekräftigte das Festhalten seiner Regierung an dem der Apartheid zugrunde liegenden Konzept rassistisch getrennter Wohngebiete. Auf dem Kongress der NP in East London bezeichnete er diesen Grundsatz als Eckpfeiler der "Minderheiten-Politik" der Regierung, der zu seinen Lebzeiten nicht beseitigt werde. Er werde jedoch begrenzte Abweichungen von dem Siedlungsgesetz in Erwägung ziehen, sagte Botha. (AP/Tages-Anzeiger, 2.10.86)

2-10-86 1-ZA

Datenbank über Journalisten in aller Welt angelegt

Innenminister Christoffel Botha sagte auf demselben Parteitag, die südafr. Geheimdienste und Botschaften hätten "eine hervorragende Datenbank über Journalisten in aller Welt" angelegt. Die bei den Behörden eingereichten Arbeitsgesuche von Journalisten - etwa 115 jeden Monat - würden anhand der Kriterien des persönlichen Hintergrundes entschieden, wobei auch ihr Auftraggeber beurteilt werde. Die schlimmsten "Übeltäter" seien jedoch Südafrikaner, die zeitweilig für ausländische Medien arbeiteten und "verleumderische" Berichte ins Ausland schickten, sagte der Innenminister. (AP/Tages-Anzeiger, 2.10.86)

2-10-86 1-ZA

Sanctions threaten „decay in thechnology“ in SA

(Citizen (SA), 2.20.86)

3-10-86 1-ZA

Foreign Debt

Despite repaying an apparent US\$2,3bn, SA's foreign debt burden is barely dented. According to the standstill Co-ordination Committee the rand's weakness against third currencies is largely to blame for foreign debt having to be revised upwards. At the rand exchange rate on August 31st 1985, the total debt as at June 1986 would have been \$21,4bn. On current exchange rates, the June 30 figure is more like \$23,2bn. This is within a whisker of the \$23,7bn of debt originally identified in August last year. The paltry \$500m reduction might appear surprising in view of the dollar's underlying weakness. Unfortunately, the extent of our debt commitments in non-dollar denominated currencies was seriously under-estimated. More than half the debt is in dollars. One assumes the major chunk is in DM. The foreign debt burden as a proportion of GDP has dropped from 48.3% in 1985 to 43,9%. Interest payments were 10,5% of exports (including gold and services) in the first half of this year compared to 10,8% in 1985. Of the revised \$23,2bn total debt, some \$4,4bn matures in 1987 (half of which is out the net). This is significantly less than the 6,1bn that matures in the second half of 1986 (including \$2,2bn out the net). In 1988 only \$1,9 bn of debt matures (of which \$700m is out of the net). (Financial Mail (SA), 3.10.86)

3-10-86

USA verhängen Wirtschaftssanktionen gegen SA (trotz Reagans Veto)

4-10-86 1-ZA

Einbruch der Moral in die Politik

Bei den SA-Sanktionen konnte Reagans Entgegenkommen den Kongress nicht umstimmen. Obwohl Reagan kurz vor der Vetoabstimmung eine Liste neuer Sanktionsvorschläge unterbreitet hatte, blieb der Senat unbeeindruckt und überstimmte das Veto des Präsidenten. Stimmenverhältnis: 78 zu 21 im Senat, 313 zu 83 im Repräsentantenhaus. "Damit hat die eigene Partei den Präsidenten in einer wesentlichen aussenpolitischen Streitfrage erstmals im Stich gelassen." "Die Abstimmungen im Kongress spiegeln einigermaßen die allgemeine Stimmung in den USA wider; die Beseitigung der Apartheid wird von vielen inner- und ausserhalb des

Kongresses als eine Fortsetzung der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er Jahre auf einer anderen Ebene verstanden. Und diese prallte am damaligen Reagan ab, das kommt im Umgang mit Pretoria zum Vorschein. Seine Konzeption des friedlichen Wandels und des anzustrebenden Dialogs in SA ist von der Befürchtung einer (angeblichen) ‚kommunistischen Machtübernahme‘ durch den ANC wesentlich mitgeprägt.“

Der Handel USA-SA hat 1985 ein Volumen von knapp 3,4 Mrd.\$ erreicht, davon betragen die Einfuhren aus SA 2.2Mrd., die US-Exporte 1.2Mrd\$ oder 0.5% des gesamten US-Aussenhandels - ein Prozentanteil, der dem schweizerischen entspricht.

(Der Bund, 4.10.86/”Presseschau”)

4-10-86 1-ZA

Pretoria: Massnahmen “hart, aber nicht vernichtend”

“Bis jetzt hatten die gegen uns gerichteten Sanktionen vor allem psychologische Wirkung, indem sie das Vertrauen der Geschäftswelt und damit indirekt die Beschäftigungslage beeinträchtigten. Jetzt aber müssen wir zum ersten Mal mit echten wirtschaftlichen Konsequenzen rechnen”: Kommentar des SA-Regierungssprechers auf die vom US-Senat in Kraft gesetzten Sanktionen.

(Basler Zeitung, 4.10.86)

4-10-86 1-ZA

Eine neue Etappe im Kampf gegen die Apartheid

-> wie es zu den US-Sanktionen kam

76 grössere US-Städte, 20 Einzelstaaten und zahlreiche Universitäten haben Desinvestment- oder Boykottgesetze. Zuletzt schloss sich in dieser Woche Kalifornien an, das alle staatl. Pensionskassen verpflichtet, ihre SA-Guthaben abzustossen. Andere Bestimmungen solcher Gesetze schliessen Firmen von Staatsaufträgen aus, die mit SA Geschäftsbeziehungen pflegen oder erlassen begrenzte Boykotte SA-Waren. Neben den schwindenden Gewinnaussichten ist das ein wichtiger Grund dafür, dass sich immer mehr US-Firmen aus SA absetzen. Auf diesem politischen Fundament baute die AAB in den letzten zwei Jahren schliesslich auch in Washington eine stärker werdende Lobby auf. Unter Führung der Dachorganisation “Trans Africa” veranstaltete sie eine mehrmonatige Dauer-Demo vor der südafr. Botschaft, bei der sich prominente Politiker und Entertainer von der Polizei als “Hausfriedensbrecher” verhaften liessen.

(Basler Zeitung, 4.10.86)

4-10-86 1-ZA

Wo treffen die Sanktionen?

Kommentar Mascha Madörin

“Das beschlossene Massnahmenbündel der USA ist das bisher radikalste und wegen der Rolle der USA im SA-Geschäft, das einschneidendste.”

Wie das Bsp. der Uno-Sanktionen gegenüber Rhodesien gezeigt hat, wirken Strafmassnahmen je nach Wirtschaftssektor unterschiedlich. Inbezug auf SA lassen sich die folgenden Punkte feststellen:

“1. Bei den Sanktionen geht es wesentlich um politischen Druck und um die Verunsicherung der weissen Minderheit. In diesem Zusammenhang sind die wirtschaftlich an sich bedeutungslosen Sanktionen wie das Verbot von Krüggerrand-Importen oder von direkten Flugverbindungen mit SA einzustufen

2. Für das weisse Smith-Regime in Rhodesien waren die finanziellen Engpässe die entscheidende Folge der Sanktionen: der Krieg wurde zu teuer. Seit sich die US-Banken weigern, Kredite an SA zu erneuern, häufen sich in SA die Studien und Diskussionen über die Kosten des Apartheidstaats und des Kriegs in Namibia. Pro Tag dürften diese Kosten gegen 20 Mio. Fr. betragen. Jede Restriktion der Importe südafrikanischer Produkte und jedes Embargo reduziert die Finanzkraft SA's. Allerdings ist die wirksamste Sanktion gegenüber SA noch von niemandem beschlossen worden: das Verbot von Goldimporten aus SA. Die Goldexporte SA's machen je nach Goldpreis 40 bis 50 % der südafr. Exporterlöse

aus. Rund die Hälfte des Goldverkaufs und damit mehr als ein Viertel der gesamten Exporterlöse dürften über den CH-Markt realisiert werden.”
(Basler Zeitung, 4.10.86)

4-10-86 1-ZA

Sanktionen

Mit dem Sanktionsentscheid der USA ist der internationale Widerstand gegen das Apartheid-Regime in eine neue Phase getreten - denn es sind Sanktionen der westlichen Führungsmacht >Signal- und Schrittmacherfunktion

”Nach den Sanktionsbeschlüssen der USA, der EG, der Blockfreien, der nordischen Staaten, Japans etc. wird auch die Schweiz nicht umhin kommen, sich gelegentlich etwas Neues bezüglich SA einfallen zu lassen. Die Frage lautet heute nicht mehr, ob Sanktionen gegen SA sinnvoll sind oder nicht. Diese Frage ist von der Mehrheit der schwarzsüdafrikanischen Oppositionellen und von der internationalen Gemeinschaft schon längst beantwortet worden. Die Frage lautet vielmehr, ob wir zur Solidarität bereit sind, zur Solidarität mit all jenen, die sich gegen die Missachtung der Menschenrechte in SA auflehnen. Bei der Suche nach Antworten dürfte die vom BAWI/Vorort herumgebotene Ideologie des ‚courant normal‘ kaum weiterhelfen. Ebenso wenig wie nostalgische Rückgriffe auf die Aktivdienst-Neutralität.”
(Basler Zeitung, 4.10.86)

4-10-86 1-ZA

Mixed reactions in SA to sanctions

-> US-Sanktionen

Anglo American: “This is another major step in the war of attrition. Sanctions have become inevitable, and they matter because SA is now on a ratchet and the pace is accelerating. As the time passes we will face declining morale, an ageing capital stock, exodus of skills, and increasing difficulties in labour relations. All the existing fault lines in both black and white politics will widen. Business, which has been pressing for fundamental reform, will have less leverage, and energies will now be spent on finding loopholes instead of pressing for changes we all know are indispensable. It is very depressing.”

Desmond Tutu, anglikan. Erzbischof: bezeichnete den Senats-Entscheid als “a moral decision. (...). This is not anti-South African action, it is anti-injustice, anti-apartheid.” Die Sanktionen würden ja aufgehoben, sobald die SA-Regierung Mandela und andere polit. Häftlinge freilasse und die Apartheidgesetze aufhebe. “The onus is now on the government.”
Conrad Strauss, managing director der Standard Bank: “The debilitating effect on a sophisticated economy of measures such as those enacted yesterday should not be underestimated.”

(Financial Times, 4.10.86)

4-10-86 1-ZA

Stipendienprogramme für farbige Südafrikaner

Die Schweiz hat Stipendienprogramm für farbige Südafrikaner wesentlich erweitert im Sinne von ”positiven Massnahmen”: DEH-Beitrag für nächstes Jahr auf 947'000 Fr. heraufgesetzt. Dem IKRK wurde zudem ein Betrag von 100'000 Franken für Humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt. Der Beitrag wird von den Opfern der Auseinandersetzungen in Crossroads zugute kommen.

(AP/SDA/Tages-Anzeiger, 4.10.86)

4-10-86 1-ZA

- **Afrique du Sud: le Sénat annule le veto présidentiel: Croc-en-jambe à Reagan**

- **Vulnerable Suisse**

Kommentar

(La Liberté, 4./5.10.86/”Presseschau”)

4-10-86 1-ZA

Afrique du Sud: pourquoi des sanctions ?

Selon une récente enquête parue dans le "Times" de Londres, la population noire approuve à plus de 70% l'appel en faveur des sanctions. En outre, les grandes organisations noires ou multiraciales d'Afrique du Sud les appellent de leurs vœux

Am Schluss des Artikels wird zu Früchteboykott, zur Auflösung des Bankkontos aufgerufen, und dazu, sich über das Wesen der Apartheid zu informieren.

(24 heures, 4./5.10.86/ "Presseschau")

4-10-86 1-ZA

SA stands to lose \$ 710 million exports to US

(Times (Br), 4.10.86)

6-10-86 1-ZA

Sanctions busting

Commerce and industry must become security-conscious if SA hopes to enter the cloak-and-dagger world of sanctions busting, says Johannesburg Chamber of Commerce President Pat Corbin. "Commenting on Deputy Minister of Finance and Trade&Industry, Kent Durr's statement that government would advise on unconventional trade methods, he said business had to start operating on a need-to-know basis, even with trusted staff."

Durr: "Government certainly has information available to it through its embassies and consular staff. This information will, I presume, be made available to commerce and industry. (...). Government's role is to advise - and we do - on unconventional trade methods. We have developed skills in the departments of trade and industries and finance to advise people on this level."

Corbin, a leading sanctions-buster during the days of the Rhodesian UDI, said there would be maximum liaison between organised commerce, industry and government.

(Business Day (SA), 6.20.86)

6-10-86 1-ZA

Botha threatens US Senate

Botha threatens to retaliate if the Senate imposes new sanctions against SA.

(Times (Br), 6.10.86)

7-10-86 1-ZA

Umgehungsgeschäfte würden nicht toleriert

Es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, erklärte Bundesrat Kurt Furgler in der Fragestunde des Nationalrats. Die Bundesbehörden behielten die Handelsbeziehungen CH-SA im Auge. "Für den Fall, dass Umgehungen beobachtet würden stellte Furgler auf eine entsprechende Frage von Nationalrat Paul Rechsteiner konkrete Massnahmen in Aussicht. "

(AP/Tages-Anzeiger, 7.10.86)

7-10-86 1-ZA

ICAO: Sever commercial air links with SA

The International Civic Aviation Organisation (ICAO) asks all 156 member states to sever commercial air links with SA.

By an 83 to 12 vote (19 abstentions), the ICAO assembly voted to send an African-sponsored resolution recommending the banning of air links to the assembly's plenary session on 9-10 for a final vote. The lopsided majority in favour virtually assures passage. It also calls on member states to stop implementing or to denounce bilateral aviation accords reached with SA. ICAO, a UN agency, cannot force states to comply with its decisions or take disciplinary action against them.

(The Independent (GB), 8.10.86)

8-10-86 1-ZA

CH-Banken weisen 4 Mia Gewinn aus – SA-Engagement reduziert

Die ausserhalb der Bilanz verbuchten Treuhandgeschäfte lagen Ende 1985 mit 215 Mia Fr um 7,3% unter dem Vorjahresstand, wobei sich auch hier der Dollarrückgang stark dämpfend auswirkte. Die Guthaben in SA wurden im Vorjahresvergleich um 640 Mio Fr auf 3,914 Mia reduziert. Das entspricht einem Abbau der Kredite um 14%. Gleichzeitig stiegen die Verpflichtungen der Banken gegenüber SA um 146 Mio. auf 746 Mio Fr, so dass die Nettoposition der Banken gegenüber SA um 786 Mio Fr oder 20% auf 3,168 Mia Fr zurückging.

Der Löwenanteil des SA-Engagements entfällt weiterhin auf die Grossbanken: Sie hatten Ende 1985 noch Kredite von 3.065 Mia Fr in SA ausstehend. Das waren 609 Mio weniger als ein Jahr zuvor. Die Nettoposition der Grossbanken reduzierte sich innerhalb Jahresfrist um 752 Mio auf 2,482 Mia Fr.

(Tages-Anzeiger, 8.10.86)

8-10-86 1-ZA

Schweizer Handel mit SA nicht begrenzt

Auch nach den von den USA, der EG und verschiedenen Commonwealth-Staaten beschlossenen Wirtschaftssanktionen gibt es für den Schweizer Handel mit SA keine formellen Einschränkungen oder Kontrollen. Laut Franz Blankart (Delegierter des BR für Handelsverträge und künftiger Direktor des BAWI) unterscheidet sich der Fall SA vom Bsp. Rhodesien: nach den 1965 von der Uno beschlossenen Sanktionen gegen Rhodesien habe die CH den sog. "courant normal" für den Handel mit diesem Land eingeführt und damit eine klare Rechtssituation geschaffen. Der Handel mit Rhodesien war damals nur noch im Rahmen des bisherigen "normalen Geschäftsgangs" zulässig. Im Falle Rhodesiens sei der ganze Handel der CH mit diesem Land denn auch mit Hilfe von Import- und Exportlizenzen sowie Ursprungszeugnissen kontrolliert worden.

Bei SA beschränkt sich der Bund dagegen vorläufig auf "die laufende Beobachtung des Handels", weil Umgehungsgeschäfte über die CH nach Ansicht des BR unerwünscht sind. In SA, so Blankart, gehe es nur um Sanktionen einzelner Staaten, die erst noch unterschiedlich ausgefallen sind. Im Fall von Rhodesien sei die CH dagegen von der Uno offiziell aufgefordert worden, eine Umgehung der Sanktionen zu verhindern.

(Tages-Anzeiger, 8.10.86)

8-10-86 1-ZA

Österreich schliesst sich EG an

Österreich hat sich den EG-Sanktionen angeschlossen:

- > kein Handel mit Goldmünzen
- > kein Import von Stahl und Eisen
- > keine Neuinvestitionen in SA

(Tages-Anzeiger, 8.10.86)

8-10-86 1-ZA

"Keine Drehscheibenfunktion". Vorort, Banken und Bund sind sich in der Haltung gegenüber SA einig

Nach Ansicht des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und der Schweizerischen Bankiervereinigung drängen sich keine besonderen Massnahmen auf, um die Umgehung der von verschiedenen Staaten beschlossenen Wirtschaftssanktionen gegen SA zu verhindern. Es gebe bisher keine Anzeichen dafür, dass die CH zur Drehscheibe von Umgehungsgeschäften wird.

Bundesrat behalte Handelsverkehr im Auge

SA Airways hat laut Bundesamt für Ziviilflugfahrt vor einiger Zeit Gesuch gestellt, pro Woche einen zusätzlichen Flug in die CH durchzuführen. Bazl: Luftverkehrsabkommen mit SA sei sehr restriktiv formuliert; gehe wie alle vergleichbaren Abkommen vom Grundsatz der Gleichbehandlung aus, Swissair fliegt 3mal pro Woche nach SA, SAA nur 2mal in die CH; mehr als diese eine zusätzliche Landung pro Woche stehe jedoch nicht zur Diskussion

CH fünftgrösster Investor in SA, siebtgrösster Lieferant.
(Tages-Anzeiger, 8.10.86)

8-10-86 1-ZA

Senate overrides Veto despite Botha threat

In a 78-21 vote the Senate joined the House of Representatives in overriding Reagan's veto of broad sanctions package against SA.
(Int. Her. Tribune (US), 8.10.86)

9-10-86 1-ZA

Government/Business relations

A new storm is brewing between Finance Minister Barend du Plessis and the business community after he reportedly threatened certain top businessmen because of their anti-apartheid activities. The Financial Mail Washington correspondent reported that du Plessis said of businessmen who were lobbying for more pressure on SA: "We hear their voices on the BBC and see their pictures with Oliver Tambo in London and Lusaka. And we know what to do with them." He identified the business people as "certain bankers, some of the mines and most of the Johannesburg merchants".
(Business Day (SA), 9.10.86)

9-10-86 1-ZA

Weichenstellung Südafrikas in Richtung Autarkie. Unterschiedliche Reaktionen auf US-Sanktionen

(Neue Zürcher Zeitung, 9.10.86/ "Presseschau", S. 53f.)

9-10-86 1-ZA

Die Geächteten ziehen sich in die Wagenburg zurück. US-Sanktionen gegen SA verhärten Pretorias Position - Reformen werden auf die lange Bank geschoben

US-Sanktions-Entscheid: "Die ausgesucht undiplomatischen Telefonanrufe, mit denen Aussenminister Pik Botha vor der Abstimmung im US-Senat Mitglieder der kleinen Kammer zu bearbeiten oder zu bestechen suchte (,Ein Affront gegen die amerikanische Würde', so der Vorsitzende der aussenpolitischen Kommission, Richard Lugar aus Indiana), zeugten allein schon von erheblicher Nervosität. Die Tatsache, dass der Kongress bei den sog. ,umfassenden' Sanktionen (die alles andere als umfassend sind) sogar das Veto Reagans zu überrennen vermochte, machte in Pretoria mehr Eindruck als die Sanktionen selber. Deren realer Wert bleibt im Augenblick begrenzt."

Studie der South Africa Foundation - was die Regierung machen müsste, um die Isolation zu beenden: Studie spricht von einer Aktion "die von solcher Natur und Grosszügigkeit wäre, dass die meisten Leute in SA und die Weltmeinung in ihr einen Bruch mit der Vergangenheit sähen." Konkrete Vorschläge: "Verhandlungen mit charismatischen schwarzen Führern, Freilassung der politischen Gefangenen, Aufhebung des Verbots ihrer politischen Organisationen, Beseitigung der Rassentrennung in den Wohngebieten, in den Schulen, in den politischen Strukturen."

Doch das wolle die SA-Regierung nicht:

"Verhandlungen mit dem ANC von gleich zu gleich kommen nicht in Frage, erklärt der SA-Innenminister und mögliche künftige Staatspräsident Frederik Willem de Klerk unverblümt, denn dadurch würde sich die Regierung selber diskreditieren."

> sehr viel Zahlenmaterial zu Handel, ausl. Firmen in SA

> Analyse von mögl. Folgen von Sanktionen

(Weltwoche, 9.10.86)

9-10-86 1-ZA

SA bars the UDF from receiving foreign funds

SA bars the United Democratic Front (UDF) from receiving foreign funds or using foreign funds it already has (Affected Organisations Act).

Der UDF, der grössten Anti-Apartheid-Koalition in SA, sind rund 700 Organisationen angeschlossen.

(Financial Times, 10.10.86)

10-10-86 1-ZA

Foreign Reserves

filling up, as expected; improvement in gross reserves, albeit off a low base, despite a drop in the rand value of gold reserves compared to August. At R5 bn – up from R4,55 bn from the end of August – reserves are the highest since August 1985.

(Financial Mail (SA), 10.10.86)

11-10-86 1-ZA

News blackout on all shipping using Durban

The Ministry of Trade and Industry has imposed a news blackout on all shipping using Durban, the main port. It is expected that the blackout will be extended to SA's other ports. The ban blocks the naming of ships docked and information on imports and exports. Keeping secret the name and origin of ships would "prevent reprisals and possibly boycotting of the shipping companies involved", said the Ministry. It also makes it easier for SA to send out "shuttle ships" to load up from vessels anchored out at sea.

(Daily Telegraph, 11.10.86)

20-10-86 1-ZA

Tips on Sanctions Busting

The SA Foreign Trade Organization discusses ways to circumvent sanctions imposed by the US.

(Int. Her. Tribune (US), 20.10.86)

20-10-86 1-ZA

Shell threatens to withdraw

(Times (Br), 20.10.86)

22-10-86 1-ZA

Dammbruch im amerikanischen Südafrikageschäft. Nach General Motors will sich auch IBM aus SA zurückziehen

Nach GM als grösstem Autoproduzenten hat jetzt auch IBM als führende Computerfirma ihren Rückzug aus SA angekündigt. Im September tat Coca-Cola dasselbe.

(Tages-Anzeiger, 22.10.86/"Presseschau")

22-10-86 1-ZA

Sanctions bill's landmines

Even though the new US sanctions against SA include a longer list of embargoed products than the EEC's, it only affects less than 20% of SA's trade with the US. The new Act also includes non-sanctions provisions which clear the way for attacks on the ANC.

(Guardian (Br), 22.10.86)

23-10-86 1-ZA

Honeywell zieht aus SA ab

(AP/Tages-Anzeiger, 23.10.86)

24-10-86 1-ZA

Der Rückzug von US-Unternehmen aus Südafrika. Ausweichen in die Grauzone indirekter Verflechtungen

-> GM, -> IBM, -> Honeywell

Allein in diesem Jahr haben sich bereits an die 30 US-Unternehmen aus SA abgemeldet oder ihren Rückzug angekündigt; aber meist kleinere Betriebe. Vorderhand verbleiben noch immer an die 240 Unternehmen.

(Neue Zürcher Zeitung, 24.10.86/"Presseschau")

24-10-86 1-ZA

SA a chronic debtor, says US report

Dokument des US-Commerce Dept. über SA-US-Beziehungen nach Verhängung der Sanktionen (Post Commercial Action Plan)
(Guardian (GB), 14.10.86)

24-10-86 1-ZA

Foreign companies in SA: Retreat on one flank. Competitors move swiftly to fill the gaps

-> Übersichtsartikel inkl. Statistiken und Listen der Firmen (UK und US), die sich zurückgezogen haben
(Financial Times, 24.10.86)

25-10-86 1-ZA

Kirchenhilfswerke zu Südafrika: Das letzte Mittel

Die kirchlichen Hilfswerke der CH, Brot für Brüder, Fastenopfer, halten Boykottmassnahmen für das letzte Mittel; der südafrikanische Kirchenrat und die Katholische Bischofskonferenz SA's hätten auch die Schweizer Kirchen aufgefordert, sich für Boykottmassnahmen einzusetzen.

In diesem Zusammenhang habe ein Gespräch zwischen Delegationen der Kirchen und Hilfswerke und der Bankiervereinigung stattgefunden.

Brot für Brüder und Fastenopfer halten die Stellung der CH-Banken gegenüber SA für ein immer drängenderes Problem. Problematisch erscheine insbesondere die Rolle der SBG und SBV als sogenannte Managerbanken bei internationalen SA Anleihen.

(Der Bund, 25.10.86)

25-10-86 1-ZA

- Südafrikas Marktwirtschaft muss "wirklich frei werden": Gespräch mit M.G.Buthelezi

-> seine Argumente gegen Sanktionen - und gegen den ANC

- Kasten: Wer verlässt Südafrika?

> welche Firmen gegangen sind (rund 50 US-Firmen), welche bleiben (250 US-Firmen sind noch dort; bleiben wollen Caterpillar, Control Data, sowie die europäischen Firmen Shell, Olivetti und BMW)

(Finanz und Wirtschaft, 25.10.86/ "Presseschau", S.52)

25-10-86 1-ZA

Schwarze Unternehmer geben Opposition gegen Sanktionen auf

Nafcoc (Vereinigung der schwarzen Businessleute) hat ihren Widerstand gegen Wirtschaftssanktionen aufgegeben, wurde nach Gesprächen Nafcoc-ANC in Lusaka bekanntgegeben. Nafcoc werde sich auch nicht mehr gegen Disinvestment aussprechen.
(taz (BRD), 25.10.86)

28-10-86 1-ZA

"Südafrika erwartet einen würdigen Entscheid"

"Wir Südafrikaner erwarteten von den Schweizern einen würdigen Entscheid - ob sie die Apartheid unterstützen oder für die Sache der Gerechtigkeit einsetzen wollen": Frank Chikane im Zürcher Gemeinschaftszentrum Heuried; er war Vizepräsident der United Democratic Front, dann 2,5 Monate im Gefängnis wegen Hochverrat.

"unsere Möglichkeiten sind erschöpft" für Verhandlungen >seit Sharpeville reagiere SA nur noch mit Brutalität. Einziger Ausweg: Druck von aussen, Wirtschaftssanktionen. Alternative: Gewalt; das, was die SA-Regierung momentan betreibe.

(Tages-Anzeiger, 28.10.86)

28-10-86 1-ZA

Rückzug aus Südafrika - ein Scheingefecht?

Die amerikanischen Anti-Apartheid-Aktivisten sehen im angekündigten Abzug von IBM und GM zwar einen Etappensieg, aber die meisten wollen weiterkämpfen, bis die amerikanischen Firmen auch ihre Lieferungen nach SA einstellen. Einige erheben den Vorwurf, dass beim Verkauf eigentlich nur das Firmenschild ausgewechselt werde, während weiterhin IBM-Computer und GM-Autos nach SA geliefert werden.

(Tages-Anzeiger, 28.10.86)

11-86 1-ZA

Boykottiert Südafrika - unterstützt Nicaragua.

- Lobbies für Contra und Apartheid. Schweizer torpedieren das Selbstbestimmungsrecht Nicaraguas und der Schwarzen Südafrikas

"Das eifrigste der verschiedenen Pro-Apartheid-Grüppchen ist die 'Arbeitsgruppe südliches Afrika' (asa), die von SVP-NR Christoph Blocher (Ems-Chemie) präsidiert wird. Geschäftsführer ist der 'Schweizerzeit'-Verleger Ulrich Schlür, der von der Republikanischen Bewegung zur SVP gewechselt ist. Die asa verschickt regelmässig Informations-Bulletins an 350 Journalisten und 3100 Einzelpersonen. Schlür ist auch der fleissigste Wanderprediger in Sachen SA, und im Herbst veranstaltet die asa jeweils ein Seminar, wo munter blanker Rassismus doziert wird: 'Kulturell gesehen sind die Schwarzen immer noch auf der Stufe des Jägers und Sammlers geblieben'. Das behaupten ausgerechnet jene, die in SA vorwiegend schnelle Franken jagen und sammeln. Zu einem Rundumschlag gegen die Anti-Apartheid Kräfte in Kirchen und Medien holte am diesjährigen asa-Seminar Jürg L. Steinacher vom Schweizerischen Ost-Institut (SOI) aus: 'Die Idioten merken nicht einmal, wie sie vom Osten missbraucht werden.'"

- Südafrika: eine bankrotte Politik

- Keine Apartheid ohne die Schweiz

(Gemeinsame Zeitung der Nicaragua- und Südafrika-Solidaritätsgruppen der Schweiz zum nationalen Aktionstag Nicaragua/Südafrika, Sondernummer (46a) des Correos de Centroamerica und der Anti-Apartheid-Nachrichten (6a), November 1986)

11-86 1-ZA

Eine neue Phase im Südafrika-Konflikt. Auswirkungen von Sanktionen auf die Frontstaaten

vierseitige Analyse

(epd-Entwicklungspolitik (BRD), November 86)

2-11-86 1-ZA

How experts play ring o'roses with the two-tier rand

The two-tier system of financial and commercial rands was designed to preserve the ravages of investment, but it has allegedly been exploited for the second time this year. The Reserve bank must make absolutely sure that nobody can convert financial rands into commercial rands. If it fails, then our financial reserves are affected and can be drained.

(Sunday Star (SA), 2.11.86)

3-11-86 1-ZA

Pullout Parade. Bowing to pressure, more and more US firms withdraw

(Time, 3.11.86)

4-11-86 1-ZA

Deutsche Firmen im Apartheidstaat. Euro-Parlament untersucht Südafrika-Engagement

(taz (BRD), 4.11.86)

5-11-86 1-ZA

Hong Kong to bar SA steel

Hong Kong will ban imports of SA iron and steel
(Financial Times, 5.11.86)

7-11-86 1-ZA

Vorwürfe gegen Schweizer Banken

Uno-Sonderausschuss gegen Apartheid: wirft BRD, CH, GB und USA vor, wegen ihnen seien keine wirksameren Strafmassnahmen gegen SA verhängt worden. Deutsche und Schweizer Banken seien jetzt zur finanziellen Hauptstütze des Apartheidregimes geworden.
(Tages-Anzeiger, 7.11.86)

7-11-86 1-ZA

Südafrika will abhängige Frontstaaten. Machels Absturz passt zu gut zur Sabotage-Theorie

Tod Machels kam den SA-Interessen sehr entgegen >zusätzliche Destabilisierung der Regierung Mozambiques; SA's Überlebensstrategie zielt auf vermehrte Druckausübung auf die Nachbarländer
(Tages-Anzeiger, 7.11.86)

7-11-86 1-ZA

Der verhinderte Apartheid-Protest

Als TeilnehmerInnen am internationalen Lexikographie Kongress in Zürich eine Resolution gegen die Apartheid verlesen wollten, drohte der Uni Rektor mit der Polizei. Aus Protest verliess darauf ein Teil der skandinavischen Delegierten den Kongress. NZZ und TA verschwiegen den Vorfall.
(WochenZeitung, 7.11.86)

7-11-86 1-ZA

Treffen PW Bothas mit den Unternehmern. Spannungen zwischen Wirtschaft und Staat
(Neue Zürcher Zeitung, 7.11.86)

7-11-86 1-ZA

Wirtschaftsgipfel in Pretoria

Hochrangige Regierungsmitglieder und rund 200 führende Wirtschaftsvertreter SA's haben sich gemeinsam für eine neue Wirtschaftspolitik des Wachstums und der Arbeitsplatzbeschaffung bei gleichzeitiger Verminderung der Abhängigkeit von Auslandskapital und Exporten ausgesprochen.
(SA Digest (SA), 9.12.86)

7-11-86 1-ZA

Argent de Pretoria aux Etats-Unis : Transfert vers la Suisse?

La volonté récemment exprimée par le Conseil fédéral de ne pas permettre que notre territoire soit utilisé pour tourner des sanctions imposées à l'Afrique du Sud par les Etats-Unis, le Japon ou les pays européens est en train d'être sérieusement mise à l'épreuve. Selon des informations publiées mardi par le "Wall Steet Journal", le gouvernement de Pretoria est en effet en train de retirer des centaines de millions de dollars des banques américaines pour les transférer dans des établissements européens.
(24 Heures, 7.11.86)

8-11-86 1-ZA

Secret Bancaire. Argent de Pretoria en Suisse

Si des banques suisses ont reçu ou s'appêtent à recevoir des fonds que le gouvernement sud-africain a dû retirer des Etats-Unis en raison des sanctions votées par le Congrès, ces mouvements de fonds ne peuvent être considérés comme excédant le "courant normal" des

échanges entre l'Afrique du Sud et la Suisse. C'est ce qu'a indiqué hier M.Twerenbold, au nom de l'UBS, dont il est le porte-parole. Il commentait les informations publiées par le "Wall Street Journal" pour être reprises hier par "24-heures" et selon lesquelles le gouvernement sud-africain était en train de transférer des centaines de millions de dollars des banques américaines vers des banques européennes "trop heureuses" de les accueillir. En d'autres termes, l'UBS estime qu'en acceptant ces fonds, une banque suisse ne peut être accusée de servir d'instrument au régime de Pretoria pour tourner les sanctions américaines. Pour asseoir sa position, l'UBS avance deux arguments. Elle affirme d'abord que ces fonds sont d'une importance limitée, ensuite qu'ils sont détenus par la Banque de réserve SA qui, comme toute institution de ce genre, doit pouvoir placer une partie de ses avoirs à l'étranger. Ces deux arguments semblent pourtant en contradiction avec la version des faits présentées par le grand quotidien financier new-yorkais.
(24 Heures, 8.11.86)

11-11-86 1-ZA

Ringen und Planen Pretorias gegen die Drohung wirtschaftlicher Isolation

Treffen Staat-Wirtschaft ; am Abend zuvor ernannte die Regierung einen amtlichen "Sanctions buster": S.Krogh, ehem. Gouverneur der rhodesischen Zentralbank
Botha zu Geschäftsleuten: Ziel verständnisvolle Zusammenarbeit im Interesse des Landes; Regierung nehme Vorschläge zur politischen Reform entgegen, lehne aber ultimative Forderungen ab; legte zwei Pläne zur Beratung vor, einer zur langfristigen Wirtschaftsstrategie, einer zur Privatisierung. Aus der Not heraus scheint die Wirtschaft zum Schulterchluss bereit.
(Neue Zürcher Zeitung, 11.11.86)

11-11-86 1-ZA

Die Perfidie der Sanktionen

Gavin Relly, Präsident von Anglo American, über die Auswirkungen der von den USA und der EG verhängten Sanktionen.
(SA Digest (SA), 11.11.86)

15-11-86 1-ZA

SA companies to fight sanctions

Some of the 166 SA companies barred from trading with the US will appeal, saying they are not connected with the Pretoria Government and should not be punished by the US sanctions.
(Financial Times, 15.11.86)

17-11-86 1-ZA

Christen gegen CH-SA-Politik. Kirchenvertreter verlangen Auskunft über Umgehung der Sanktionen

"Die Schweizer Wirtschaft - Stütze des südafrikanischen Apartheid-Regimes?" Unter diesem Titel haben ca. 450 Persönlichkeiten aus kirchl. Organisationen der ganzen CH einen kritischen Brief an den BR und die Schweizer Wirtschaftsorganisationen geschrieben: "Vertreter der Mehrheit in SA, v.a. Sprecher der Kirchen, die ja für Gewaltlosigkeit eintreten, betonen, dass einzig ökonomischer Druck von aussen ein grösseres Blutbad verhindern könne. Sie lassen uns unmissverständlich wissen, dass wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der SA-Regierung die Unterdrückung stärke. Die Haltung der CH sei deshalb unvereinbar mit ihrer humanitären und demokratischen Tradition." Die CH sei derzeit das einzige Land, dessen Bürger das Unrechtsregime am Kap noch ohne Visum einreisen lasse. Seit die USA keine Landerechte mehr für SA-Flugzeuge erteilten, hätten die Flüge von Jhb über Zürich zugenommen. Mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit hätten dagegen weder der BR noch dessen Botschafter am Kap intensiven Kontakt. "Welche konkreten Schritte unternehmen Wirtschaft und Behörden, damit die CH in den Augen der südafrikanischen Mehrheit nicht zunehmend als Komplize des Apartheid-Systems erscheint?"

(Tages-Anzeiger, 17.11.86)

19-11-86 1-ZA

Reserve Bank switches US deposits to Europe

The SA Reserve Bank has closed its commercial bank accounts in the US and switched foreign currency deposits to European banks. This follows similar precautionary moves by SA commercial banks that are believed to have moved up to \$300m out of the US into dollar accounts with UK and European banks in recent weeks.

(Financial Times (Br), 19.11.86)

18-11-86 1-ZA

ANC Vertreterin verlangt mehr Sanktionen

‘Wirtschaftliche Sanktionen bringen allein keine wesentliche Veränderungen der offiziellen Regierungspolitik SAs. Aber Sanktionen verkürzen das Leiden der farbigen Bevölkerung’: Dulcie September, offizielle Vertreterin des ANC für die CH und Frankreich, an einer Pressekonferenz in Bern.

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, 18.11.86)

20-11-86 1-ZA

Kodak quitte l’Afrique du Sud

(AFP/Journal de Genève, 20.11.86/“Presseschau”)

24-11-86 1-ZA

Ein 100-Milliarden-Hammer gegen Südafrika. Über den Kampf des US-Pfarrers Leon Sullivan gegen die Apartheid

Der Kodex Sullivan (verfasst Mitte der 70er Jahre) fordert:

- > die Aufhebung der Rassentrennung in den Betrieben
- > gleiche Einstellungschancen für alle
- > gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit
- > Ausbildungsprogramme für “Nichtweisse”
- > mehr “Nichtweisse” in Führungspositionen
- > Verbesserung der Lebensbedingungen ausserhalb der Firmen

Im November 1984 trat “Sullivan II” in Kraft, eine verschärfte Fassung der Prinzipien, die die amerikanischen Betriebe, die s. an sie halten, verpflichtet, in SA für soziale, wirtschaftliche und polit. Veränderungen einzutreten, sich dem zivilen Ungehorsam gegen alle Apartheidgesetze zu verpflichten. Seit Mai 1985 reist Sullivan durch die USA und Europa, um alle Kräfte gegen SA zu sammeln.

Phase III wird am 31.5.1987 enden: Sullivans Stichtag und Schlusstermin: “Wenn bis dahin die Apartheid nicht aufgehoben ist, samt allen Unrechtsakten”, wird er die verbliebenen US-Firmen auffordern, SA zu verlassen.

(Der Spiegel Nr.48/86, 24.11.86)

25-11-86 1-ZA

Englands grösste Bank zieht aus SA ab (Barclays)

Der bislang weitgehend auf amerikanische Unternehmen beschränkte Exodus ausländischer Firmen scheint damit auch auf britische Unternehmen überzugreifen. Sie stellen mit Investitionen im Gesamtwert von über 12 Mrd. Pfund das bei weitem grösste Kontingent ausländischer Firmen in SA.

Der Chairman der Londoner Barclays-Bank-Gruppe, Sir Timothy Bevan gab zu, dass politische Faktoren in Grossbritannien und den USA den Verkauf der verbleibenden 40,4% Beteiligung seiner Bank an der Barclays National Bank, BarNat, in SA, beschleunigt hätten. Man habe die 29 Mio Aktien an BarNat für 527 Mio Rand (80,6 Mio Pfund) grösstenteils an die Anglo American Corp. sowie andere südafr. Interessen abgegeben. Anglo, der grösste Bergbau- und Mischkonzern SAs, hält bereits eine 25%ige Beteiligung an BarNat. Südafr. Marktkreise beziffern den Börsenwert der abgestossenen Beteiligung auf rund 110 Mio. Pfund > Verkaufsverlust.

britische Firmen mit grössten SA-Beteiligungen: Shell, BP, ICI (Chemie), der Elektrokonzern GEC, die britisch-niederländische Unilever, der Bergbaukonzern Rio Zinc (RTZ), der Mischkonzern Lonrho, das Industriegasunternehmen BOC, der Softdrinks- und Schokoladenkonzern Cadbury Schweppes und die Bank Standard Chartered.

Über 170 britische Unternehmen sind in SA vertreten, wo sie direkt oder über Beteiligungen über 300000 Pers. beschäftigen. Das Investitionsvolumen von rund 12 Mia Pfund verteilt sich etwa jeweils zur Hälfte auf direkt- und Portefeuilleinvestitionen.

(Tages-Anzeiger, 25.11.86)

25-11-86 1-ZA

Barclays Bank schliesst sich Südafrika-Exodus an

Dem Schritt mehrerer grosser amerikanischer Konzerne folgt nun auch die zweitgrösste britische Bank.

Der bisher bedeutendste Rückzug eines britischen Unternehmens wird mit den schlechteren wirtschaftlichen Aussichten in SA und den politischen Protesten in Grossbritannien und America erklärt.

Die britischen Direktinvestitionen in SA werden auf 2,7 Mia Pfund geschätzt. Hinzu kommen rund 3,3 Mia Pfund Portfolio-Investitionen. Der Aussenhandel war im vergangenen Jahr mit etwa einer Milliarde Pfund in beiden Richtungen ungefähr ausgeglichen.

Wirtschaftskreise in SA bezeichnen den Auszug des britischen Geldinstitutes als schweren psychologischen Schlag für die gesamte SA-Wirtschaft.

„Abgesehen einmal von Barclays Bank scheinen europäische Investoren wesentlich mehr Unwillen zu verspüren als ihre amerikanischen Konkurrenten, dem südafrikanischen Markt den Rücken zu kehren. Fachleute führen für diese Zurückhaltung mehrere Gründe an: Noch ist der öffentliche Druck zur Kappung der Geschäftsbeziehungen mit dem Apartheidstaat in Europa wesentlich geringer als in den Vereinigten Staaten. Ferner scheinen amerikanische Unternehmen auch deswegen weniger Hemmungen zu verspüren, sich vom südafr. Markt ganz oder teilweise zurückzuziehen, weil sie im Gegensatz zu den Europäern zu Hause über einen weit grösseren Binnenmarkt verfügen.“

(Basler Zeitung, 25.11.86, vgl. auch Neue Zürcher Zeitung)

25-11-86-ZA

Barclays' South Africa move is hailed as blow against racism

In one of the largest divestment moves yet taken against the republic, the bank announced that it had agreed to sell its 40,4 % stake in Barclays National Bank (Barnat), the contry's largest bank.

(Financial Times (Br), 25.11.86)

25-11-86 1-ZA

Le BIT ne peut se passer de l'UBS

Le Bureau International du Travail (BIT) à Genève, a cherché à se séparer de sa banque, l'Union des Banques Suisses, qui entretient avec l'Afrique du Sud des relations d'affaires beaucoup trop chaleureuses. Mais dans un rapport publié discrètement ce mois, le BIT avoue qu'il n'a trouvé aucun banquier acceptant de remplacer l'UBS. A-t-il vraiment cherché?

(24 heures, 25.11.86)

26-11-86 1-ZA

Isoliertes SA: Die Lage spitzt sich zu - Isolierte Schweiz: immer noch keine Sanktionen
Seit Verhängung Ausnahmezustand im Juni 86 weit über 20'000 Inhaftierte; fast gesamte Führung der UDF festgenommen; grosse Präsenz Polizei u. Armee in den Townships; CH aber immer noch gegen Sanktionen.

Wie entscheidend die Unterstützung der Schweizer Banken für das Überleben des Apartheidregimes ist, veranschaulicht auch ein Kommentar eines südafrikanischen Goldminengeschäftsleiters gegenüber der britischen Tageszeitung "Financial Times": Was für uns entscheidend ist, sind die grossen Käufer [von Gold]. Das letzte Flugzeug, das

Südafrika verlassen wird, ist sicher eine Swissair-Maschine der Schweizerischen Bankgesellschaft."

Allan Boesak über CH-Neutralitätspolitik: "Neutralität ist die miserabelste Parteilichkeit, die es gibt. Denn sie bedeutet faktisch, sich für das Unrecht zu entscheiden und doch die Verantwortung dafür nicht zu übernehmen."

AAB hat vor mehr als einem Jahr BR und Parlament eine Sanktionenpetition übergeben; kommt in der Dezember-Session dran. Heute reicht die AAB eine neue Petition bei der Bundeskanzlei ein, die die Freiheit für alle Inhaftierten und politischen Gefangenen fordert, sowie die Abschaffung der Apartheid.

(Pressecommuniqué der AAB Schweiz, 26.11.86)

26-11-86 1-ZA

The sanctions debate: Needed: a realistic timetable for change

von Jan Steyn, executive chairman der Urban Foundation

(Financial Times, 26.11.86)

27-11-86 1-ZA

Eine schwarze Stimme gegen SA-Sanktionen: Prof. Hudson Ntsanwisi (Chief Minister des Homelands Gazankulu) in der Schweiz

"Ntsanwisi vertritt eine Meinung, die wohl in ländlichen Gebieten vorherrscht; hier sind die Stammesstrukturen noch wesentlich stärker ausgeprägt als in den städtischen Townships. Andererseits bietet die Selbstverwaltung in diesen Gebieten Entwicklungsmöglichkeiten, die fast zwangsweise zu einem politischen Pragmatismus führen, der klar das Mögliche von der reinen Utopie zu trennen vermag."

"In Gazankulu, wo man die gleiche Sprache spricht wie im Nachbarland [Mozambique], wisse man ganz genau um die Zustände jenseits der Grenze, und man erkenne auch die Gründe dafür. Die Erlangung der politischen Freiheit müsse sorgfältig bewerkstelligt werden; ohne eine gesunde materielle Basis sei die Freiheit nichts wert. Ntsanwisi wolle lieber unter einem schlechten System leben, das ihm die Freiheit zwar noch vorenthalte, das ihm aber begründete Hoffnung gebe, das Ziel zu erreichen, als in einem 'guten', dessen 'Unabhängigkeit' den Leuten nichts als Hunger und Elend bringe. Die Schweiz fordert er deshalb dringend auf, sich in SA wirtschaftlich und politisch zu engagieren und sich nicht aus falsch verstandener Solidarität mit einer radikalen schwarzen Minderheit zurückzuziehen." (Neue Zürcher Zeitung, 27.11.86/ "Presseschau", S.57)

28-11-86 1-ZA

The sanctions crunch

"Don't kid yourself. Effective sanctions do work, in the sense that they cause long-term deterioration in the economy. But they are not going to bring government crashing down."

-> Analyse der möglichen Konsequenzen von Sanktionen

(Financial Mail (SA), 28.11.86)

28-11-86 1-ZA

A gloomy view

Die am wenigsten optimistische Analyse der Auswirkungen von Sanktionen ist die des Federated Chamber of Industries:

While those willing to be quoted confine their comments on legal and legitimate methods of circumventing sanctions, a ratbag of clandestine sanctions-busting methods of the kind perfected in Rhodesia will undoubtedly be deployed to keep trade flowing. They will range from the use of offshore trading companies in places like Panama to re-invoicing, relabelling, repackaging and even issuing fraudulent certificates of origin.

Such measures, however, run the risk of incurring heavy penalties, particularly in the US, which has a record of policing illegal trade with greater vigour and effectiveness than Europeans.

Trade partnerships will be established with Commonwealth or Third World countries willing to reprocess or add sufficient value to SA products to justify them issuing legitimate certificates

of origin. Countries willing to act as conduits could include some of the least likely African or Communist bloc nations, as well as Far East nations other than Japan, and Latin American countries, traders say.
(Financial Mail (SA), 28.11.86)

28-11-86 1-ZA

- Blacks' views

- Sanctions tax

Sanctions, says UCT's Professor Brian Kantor, may be regarded as the equivalent of a tax on trade or finance. "Threats of sanctions may, or may not change government policies", says Kantor. "But they will not themselves weaken the ability of government to maintain its controls and influence."

(Financial Mail (SA), 28.11.86)

19-11-86-1ZA

Shell rattled by international boycott

(Washington Post (US) 29.11.86)

12-86 1-ZA

Südafrika-Sanktionen - Rhodesien-Sanktionen

Analyse der Auswirkungen der Sanktionen gegen Rhodesien - und Vergleiche in Bezug auf Südafrika

(boykottnachrichten (Aktion Südafrika-Boykott), 4/86)

12-86 1-ZA

Den Gemässigten vertrauen. Südafrika: Boykott oder Kooperation?

Sanktionen bringen's nicht, sind falsches Mittel, v.a. die Schwarzen leiden darunter

(Der Freisinn, 12-86/ "Presseschau")

12-86 1-ZA

Backs to the wall in Pretoria

As Barclays pull out, SA's crisis deepens. A siege economy - and another debt moratorium in April?

(Euromoney, December 1986)

3-12-86 1-ZA

Europäische Multis vor Südafrika-Illusionen gewarnt. Ein Vergleich mit dem Verhalten amerikanischer Konzerne

Europäische multinationale Unternehmen, die in SA investiert haben, sollten im eigenen Interesse eine entschiedeneren und aktivere Haltung gegen die Apartheid einnehmen als bisher. Dies ist eine der Schlussfolgerungen, zu denen eine Studie des Genfer Institut de recherche et d'information sur les multinationales (IRM) kommt. Die Untersuchung des IRM befasst sich mit der Rolle und dem Verhalten europäischer Multis in SA, speziell im Vergleich zu US-Firmen. Autor Geoffrey Hamilton erklärte an der Pressekonferenz in Brüssel, der deutlichste Unterschied bestehe in der Bereitschaft der US-Gesellschaften, sich für Veränderung einzusetzen und notfalls ihr SA-Engagement zu beenden, während die Europäer sich aus politischen Fragen heraushielten und nicht auf ihre SA-Investitionen verzichten wollten.

Barclays Bank war eine Ausnahme. Die Bank wolle ihre Tätigkeit in den USA substantiell ausdehnen, könne aber beide Aktivitäten nicht miteinander vereinbaren, vor allem auf Grund des wesentlich stärkeren Drucks, den die

US-Öffentlichkeit auf Unternehmen ausübe, die in SA präsent sind. Das weitgehende Fehlen eines entsprechenden Einwirkens der Öffentlichkeit in Europa sowie der grössere Anteil der in SA erwirtschafteten Gewinne am Gesamtergebnis der Konzerne sind, neben einer stärkeren historischen Bindung, nach Auffassung des IRM die wichtigsten Gründe für die abweichende Haltung der europäischen Multis.

Die Studie widerspricht der Ansicht, dass ein Rückzug der europäischen Firmen und Banken, deren kumulierte Investitionen sich 1984 auf rund 40 Mia Rand beliefen, die Lage der schwarzen Erwerbsbevölkerung verschlechtern würde. Abgesehen davon, dass bloss 5% von ihnen in Filialen europäischer Firmen arbeiten, hätte das Desengagement fast immer die Form einer Überschreibung auf südafrikanische Unternehmen, so dass von einer Firmenschliessung nicht die Rede wäre. Allerdings könnten europäischen Unternehmen SA's Wirtschaft empfindlich treffen, wenn sie den Technologietransfer stoppten. Ausländische Technologien seien v.a. für die südafrikanische Rüstungsindustrie von herausragender Bedeutung. Weiter gefasst zeige eine ökonometrische Studie, die den Zeitraum 1957-1972 abdeckt, dass 60% des Wirtschaftswachstums von importierter Technologie abhängt. Von allen europäischen Multis könnten am ehesten die Banken einen politischen Wandel herbeiführen, meint das IRM. Sie weigerten sich jedoch, ihr wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale zu legen. Der Autor der IRM-Studie lässt durchblicken, dass es nicht allein moralische Gründe sind, die europäische Firmen zu einer Änderung ihrer Haltung bewegen sollten: "Ihr langfristiges wirtschaftliches Interesse ist es, in SA zu bleiben. Die gegenwärtige Strategie der Multis droht jedoch, ihre Beziehungen zu den künftigen schwarzen Führern zu kompromittieren." Nach Ansicht Hamiltons gibt es kaum Aussichten auf einen Wandel, da bisher keine der Gesellschaften, die er konsultierte, ihre Tätigkeit unmittelbar oder längerfristig gefährdet sehe. Die meisten Unternehmensführer glaubten, auch bei einer Verschärfung des Konflikts neutral Beobachter bleiben zu können. Diese Einschätzung gehe nicht zuletzt darauf zurück, dass sie die Erwartungen ihrer schwarzen Beschäftigten sowie ihre Auffassung von der bestehenden Situation nicht kennen. Doch die politische Krise werde auch die europäischen Firmen mehr und mehr in ihren Bann schlagen. (Neue Zürcher Zeitung, 3.12.86/"Presseschau"; vgl. auch Journal de Genève, 3.12.86/"Presseschau")

4-12-86 1-ZA

Neue Wolken an SA's Wirtschaftshimmel

(Neue Zürcher Zeitung, 4.12.86)

4-12-86 1-ZA

European Companies in South Africa

-> Liste der 20 Firmen, die am meisten Leute beschäftigen, inkl. Anzahl ihrer Angestellten (Wall Street Journal, 4.12.86)

5-12-86 1-ZA

Now Latinos are anti-SA

A number of countries has joined the international campaign against apartheid. The common declaration agreed on in Buenos Aires condemned SA's continued illegal occupation of Namibia and pledged solidarity with the people of Azania in their struggle.

(Sowetan (SA), 5.12.86)

6-12-86 1-ZA

SA moves billions to Europe

SA has moved 5 billion dollars in funds on deposit in the US to Europe. At the same time a large build-up in SA's monetary gold reserves is reported. SA's gold reserves climbed to 5, 54 million ounces from a low of 3, 67 million in July. Gold and foreign exchange reserves jumped by R2,4 to R, 5,6 billion between April and October.

(Citizen (SA), 6.12.86)

10-12-86 1-ZA

Waffen nach SA über die Schweiz

Washington hat nach einem Bericht der britischen Zeitung "The Independent" grössere Waffenlieferungen nach Johannesburg getätigt. In den vergangenen 2 Wochen sollen 20 Tonnen Raketenwerfer-Ausrüstung mit Transportflugzeugen über die Schweiz nach SA geflogen worden sein.

USA hat ein Waffenembargo nach SA, doch die Waffen seien für Angola bestimmt; Transport über SA verletzt aber dennoch die Embargo-Bestimmungen.
(Der Bund, 10.12.86)

12-12-86 1-ZA

An eager rush to fill South Africa's shoes

Countries reliant on SA minerals are already looking for other suppliers to keep their steel and auto industries going in the event of metal sanctions
(Weekly Mail (SA), 12.-18.12.86)

16-12-86 1-ZA

Wie lange reichen Südafrikas Ressourcen? Differenzen bei der Beurteilung der Zukunft

PW Botha stellte den Entscheid über die Abschaffung bzw. eine wesentliche Milderung des Group Areas Act zurück.

“Die Gründe für Bothas Entscheid sind sowohl im zunehmend militanter werdenden Widerstand der konservativen Buren zu suchen als auch in der sich verstärkenden Angst eines weiten Kreises an sich liberaler Weisser vor einem ‚Überschwemmtwerden‘ durch die schwarze Masse.”

Der Industrieverband hat eine quantitative Analyse über die Folgen von Sanktionen vorgelegt. Die Analyse beruht auf einem Input-Output-Modell der südafrikanischen Wirtschaft, umfasst 99 Wirtschaftsbereiche, Basis: 1985.

> Drei Szenarien: Sanktionen im gegenwärtigen Ausmass, Sanktionen in verschärftem Ausmass (sowohl weitere Güter als auch Einbezug sich noch neutral verhaltender Länder) und vollumfängliche Sanktionen im Fall eines Uno-Beschlusses. Bei allen drei Szenarien wurde jedoch angenommen, dass einige für die Welt strategisch wichtige Güter (Gold, Platin, Vanadium, Chrom) ausgenommen würden.

Die Studie errechnet den Effekt von Sanktionen auf Wachstum und Arbeitslosigkeit während eines Zeitraums von 1 bis 2 Jahren und während eines solchen von 5 Jahren. Im günstigsten Fall (Szenario 1; 2 Jahre) beträgt der Rückgang der realen Wachstumsrate (gemessen am BIP) 1,7%, die Zunahme der Arbeitslosigkeit 49'000 Stellen. Im ungünstigsten Fall (Szenario 3, 5 Jahre) geht die Wachstumsrate um 29,3% zurück, Arbeitslosigkeit nimmt um 1,1 Mio zu. In allen Szenarien entscheidet der sekundäre Sektor (Industrieproduktion) mit rund 50% als der Hauptleidtragende vor dem Bereich Handel/Transport (um 20%) und Dienstleistung (15%). Am wenigsten betroffen bleiben Landwirtschaft und Bergbau (zus. 15%).

In seinem Kommentar stellt der Vorort fest, dass Sanktionen die südafr. Wirtschaft stärker treffen können, als allgemein angenommen werde; insbesondere gelte dies für die Arbeitslosigkeit. Gleichwohl würde die Wirtschaft selbst im ungünstigsten Fall überleben, allerdings auf bedeutend tieferem Niveau.

(Neue Zürcher Zeitung, 16.12.86/ "Presseschau", S.57f.)

17-12-86 1-ZA

Shell arms itself against the boycott

(NRC (Neth.) 17.12.86)

17-12-86 1-ZA

Südafrika: Swissair "unpolitisch"

Die Swissair hat nicht die Absicht, die Flüge nach SA einzustellen. Sie würde das nur aus sicherheitstechnischen, nicht aber aus politischen Gründen tun, und so ein Entscheid müsste der Bundesrat fällen; EDA: die Linie sei durch zwischenstaatliche Abkommen abgesichert, für beide Länder völkerrechtlich bindend; Abbruch nur mit Berufung auf "Notrecht" möglich
(Basler Zeitung, 17.12.86)

17-12-86 1-ZA

Kirchenkreise besorgt. Fragenkatalog zu Südafrika eingereicht

Rund 450 Kirchenvertreter fragen den BR und die Wirtschaft, ob verhindert werden könne, dass ausländische SA-Sanktionen via CH umgangen werden. Die Kirchenvertreter sind überzeugt, dass "einzig ökonomischer Druck von aussen ein grösseres Blutbad in SA verhindern kann". Sie möchten von BR und Wirtschaft wissen, "welche konkreten Schritte unternommen werden, damit die CH in den Augen der südafrikanischen Mehrheit nicht zunehmend als Komplize des Apartheidsystems erscheint." Die Kirchenvertreter betonen, dass sie vor diesem Schritt in die Öffentlichkeit das Gespräch mit den Banken gesucht haben. "Diese haben aber keine Signale gegeben, ihre Politik zu ändern."
(Berner Zeitung, 17.12.86/ "Presseschau")

17-12-86 1-ZA

Ein katholischer Bischof aus SA zur politischen Lage: Nur noch Sanktionen versprechen Wende ohne Gewalt

Interview mit Wilfried Napier, Bischof von Kokstad und Vizepräsident der südafrikanischen Bischofskonferenz
(Vaterland, 17.12.86/ "Presseschau", S. 59f.)

18-12-86 1-ZA

26 US firms ready to pull out

According to the American Chamber of Commerce (AmCham) in Johannesburg, 26 US corporations are on the verge of withdrawing from SA in the face of increasing disinvestment pressure. The president of the AmCham said: "We believe that most of the 259 US companies still operating in SA will remain, but 26 – representing consumer companies and those dependent on state or municipal contracts – will very likely not be able to withstand the tremendous pressure."

(Star (SA), 18.12.86)

19-12-86 1-ZA

Schweizer Banken für Südafrika

"Aktion Südafrika-Boykott" organisiert zusammen mit der "Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt" und der AAB weiterhin in verschiedenen Städten Mahnwache-Aktionen vor den Banken.

(WochenZeitung, 19.12.86)

19-12-86 1-ZA

Report assesses effects of sanctions

In its report the Overseas Development Institut states that "SA can no longer hope that economic expansion in the context of apartheid will resolve its difficulties. Low international and domestic confidence are set to interact, reducing rates of economic growth and increasing levels of unemployment." The report concludes that effective sanctions "contribute to this process by increasing domestic costs and restricting access to much-needed foreign exchange and, more fundamentally, deepening pessimism about the country's medium-term prospects."

(Fin. Times (Br), 19.12.86)

20-12-86 1-ZA

Für und wider Südafrika-Boykott

In der Verurteilung der Apartheid- und Rassentrennungspolitik waren sich die 19 RednerInnen in der SA-Debatte des Nationalrats trotz Unterschieden im Ton einig. Doch in der entscheidenden Frage, ob die CH bei den Wirtschaftssanktionen mitmachen soll, standen sich zwei unversöhnliche Lager gegenüber.

(Tages-Anzeiger, 20.12.86/"Presseschau")

20-12-86 1-ZA

Südafrika: Politik aus der Loge?

Kommentar

“Die CH ist siebtgrösster Lieferant, fünftgrösster Investor, drittgrösster Abnehmer von Produkten (hauptsächlich Gold) dieses Landes. In den Beziehungen zu diesem Unrechtsstaat nimmt der kleine Rechtsstaat Schweiz also mindestens die Position einer Mittelmacht ein. Wo aber Macht und Einflussmöglichkeiten vorhanden sind, erhöht sich auch die Verantwortung. (...). Und die Neutralität? Stünde diese Maxime nicht im Wege? Man darf nicht vergessen, dass nicht nur sie, sondern auch der Grundsatz der Solidarität das aussenpolitische Verhalten der CH prägt. In diesem Falle: Solidarität mit den geplagten Schwarzen; Solidarität aber auch mit den zahlreichen Staaten (USA, EG, auch Neutrale), die solche Sanktionen ergriffen haben. Sie dürften es kaum verstehen, wenn die ‚Mittelmacht‘ Schweiz lediglich von der Zuschauerloge aus ein paar Proteste in die Arena ruft und sonst gar nichts unternimmt.”
(Tages-Anzeiger, 20.12.86/“Presseschau”)

20-12-86 1-ZA

Pretoria auf dem Weg ins letzte “Laager”?

Leitartikel

(Neue Zürcher Zeitung, 20./21.10.86)

20-12-86 1-ZA

- Die Schweiz und Südafrika. Nationalrat spricht sich gegen Sanktionen aus

-> Nationalratsdebatte zu CH-SA:

“Wie Aubert dem Rat mitteilte, hat eine Arbeitsgruppe des Departements den Auftrag, im Gespräch mit allen in der Schweiz politisch und wirtschaftlich an SA Interessierten einen Katalog von positiven Massnahmen zusammenzustellen, welche zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen beitragen, den Dialog ermöglichen und Spannungen abbauen könnten. Im Urteil des Bundesrates sei dies der einzige verantwortungsvolle Weg, um dem Land aus seiner schweren inneren Krise herauszuhelfen.”

-> NR lehnt eine Petition der AAB (“SA - auch die CH muss handeln”) ab und überweist einen Vorstoss zur wirtschaftl. und humanitären Unterstützung der Frontstaaten in Form eines Postulates.

- Der Nationalrat gegen Südafrika-Sanktionen

-> Zitate aus der Debatte

(Neue Zürcher Zeitung, 20./21.10.86)

20-12-86 1-ZA

Nationalrat stützt Aubert: Keine Sanktionen gegen Südafrika

-> Ablehnung der Anti-Apartheid-Petition mit 84:41 Stimmen

(Basler Zeitung, 20.12.86/“Presseschau”)

21-12-86 1-ZA

- L’Afrique du Sud divise le Conseil national: Pas de sanctions économiques

(24heures, 21-12-86/“Presseschau”)

24-12-86 1-ZA

“Jemand muss endlich etwas Positives tun” Gespräch mit Staatssekretär Edouard Brunner zur aktuellen Schweizer Südafrikapolitik

Frage: Wie sieht die aktuelle Schweizer Südafrika-Politik derzeit aus?

Edouard Brunner: “Sie wird von zwei Prinzipien dominiert. Das erste: Wir wollen und müssen in unseren Entschlüssen berechenbar und damit glaubwürdig bleiben. Seit Jahren verhängen wir keine Sanktionen gegen irgendwelche Länder. Denken Sie an Argentinien 1982, Polen 1981, Iran 1979, Syrien und Libanon heute. Daran müssen wir uns auch gegenüber Südafrika halten, sonst werden wir zu Opportunisten. Das zweite Kriterium ist die Erkenntnis der Ineffizienz, der Sinnlosigkeit von Sanktionen. Das Ziel für Südafrika, darin sind wir uns einig, muss in der Eliminierung der Apartheid, in einer Neuverteilung der heute von den Weissen monopolisierten Macht bestehen. Dazu sind Verhandlungen zwischen

allen Beteiligten, Weissen, Schwarzen, aller unter sich oft uneinigen ethnischen Gruppen, Mischlingen und Asiaten nötig. Es gilt, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Dabei kann nichts den Dialog ersetzen.”

Frage: Was macht denn den Fall Südafrika so besonders heikel?

Brunner: “Wir haben es hier nicht mit einem Kolonialstaat zu tun. Die Weissen leben seit 300 Jahren in diesem Land, länger als in Amerika und Australien. Südafrika ist somit ein Land, das irgendwie allen gehört. Das Problem lässt sich jedenfalls nicht dadurch lösen, dass man eine Bevölkerungsgruppe aus dem Land wirft. Wir haben hier keinen Fall Algerien oder Rhodesien vor uns. Deshalb ist die einzige andere Option neben der Gewalt der Dialog.”

Frage: Sanktionsbefürworter, auch in der Schweiz, argumentieren aber damit, dass Südafrika ein ganz spezieller Fall sei...

Brunner: “Jedes Land ist ein ganz spezieller Fall. Wir können nicht gegen ein Land, etwa Südafrika, Sanktionen verhängen und gegen andere, etwa die Sowjetunion, nicht. Es gibt viele Länder, in denen uns einiges nicht passt, seien es Menschenrechtsverletzungen, das Ziel, eine Revolution zu exportieren, Unterdrückung nationaler Minderheiten oder eben die Rassentrennung. Würden wir gegen alle diese “Sonderfälle” Sanktionen ergreifen, könnten wir kaum noch Handel betreiben.”

Frage: Sehen Sie denn langfristig einen Mittelweg zwischen Verhängung und Verzicht auf Sanktionen?

Brunner: “Gewiss. Wir haben bereits erklärt, dass die Schweiz nicht benutzt werden darf zur Umgehung von Sanktionen. Wenn die USA ein Verbot von Textilimporten aus Südafrika vorsehen, so dürfen wir nicht als Umgehungsstrasse dienen. Eine weitere – bisher noch nicht verfügte – Stufe bestünde darin, dass wir unserer Exportwirtschaft verbieten, von den Sanktionen anderer zu profitieren, etwa indem wir unseren Chemiefirmen untersagten, Medikamente nach Südafrika zu liefern, die dieses wegen der Sanktionen nicht mehr aus EG-Ländern beziehen kann. Dabei ist zu sagen, dass jene Staaten, die heute schon Sanktionen beschlossen haben, sich ausgesprochen scheinheilig gebärden. So profitiert beispielsweise die EG davon, dass ihre Sanktionen nicht dieselben Bereiche wie jene der USA abdecken, um in diesen Lücken ihren Südafrika-Handel auszuweiten. Dasselbe geschieht umgekehrt. Bei der EG kommt hinzu, dass deren Sanktionen bloss etwa 5% ihres Aussenhandels mit Südafrika abdecken. Vor der letzten Stufe der Sanktionen stünde uns schliesslich noch der Übergang zum “Courant Normal”, ein Einfrieren der Handelsbeziehungen auf dem heutigen Stand, offen. Aber wie gesagt: Mir scheint, die Schweiz kann mehr tun als Länder, die sich mit solchen Sanktionen brüsten und damit einzig das “Laager” in Südafrika verfestigen.”

Frage: Was denn zum Beispiel?

Brunner: “Alle Welt, Regierungen, Kirchen und die UNO, kritisiert. Aber niemand schlägt etwas Konstruktives, Positives vor, niemand sucht nach Ideen. Dabei ist doch das die eigentliche Herausforderung für die Welt. Hier sehe ich das Betätigungsfeld der Schweiz. Wir müssen die Leute an einen Tisch bringen, ihnen klarmachen, dass wir bereits sind zu beraten, Leute als Vermittler, Juristen zur Verfügung zu stellen, unser Territorium für Gespräche anzubieten, zu helfen, wo immer es geht. Wir können nicht die eigentliche Arbeit für Südafrika tun, aber wir können sie einleiten, erleichtern. Dank unserer Erfahrung mit föderalistischen Staatswesen ist da – weil dieses auch für Südafrika in Frage kommen könnte – eine Chance.”

Frage: Das heisst, Sie haben konkrete Ideen für gute Dienste?

Brunner: “Dafür ist es noch zu früh. Wir wollen uns ja auch nicht aufdrängen. Aber einem Kranken muss man primär helfen und ihn nicht wegen seiner Krankheit verurteilen.”

Frage: Inwieweit arbeitet die Schweiz bei ihrer neuen, aktiven Südafrika-Politik mit anderen Staaten zusammen?

Brunner: “Im Moment handeln wir völlig autonom und allein. Gerade die andern Neutralen haben in dieser Sache ganz andere Überzeugungen.”

Frage: Verfügt denn die Schweiz, um völlig allein vorzugehen, über entsprechende Kontakte, über genügend Gewicht?

Brunner: “Ja! Das ist gerade unser Vorteil. Wir verfügen über gute Kanäle zur Regierung Botha. Ich erwähne nur die Erlaubnis zur Rückkehr des IKRK nach Südafrika und die

Freilassung der zwei verhafteten Schweizer, um das zu illustrieren. Wir haben aber auch ANC-Chef Oliver Tambo kürzlich in Bern empfangen, pflegen Kontakte mit der UDF, der indischen Kolonie, den Mischlingen und mit Buthelezi. Es muss jemanden geben, der mit allen Parteien spricht. Und da sind wir leider bald die einzigen. Auch dank unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtung mit Südafrika sowie wegen der Schweizer Emigranten dort ist die Schweiz für das Land ein wichtiger Gesprächspartner. Wir finden Gehör. Ich gebe aber zu, dass nicht alle unsere Vorstösse bei allen immer auf offene Ohren stossen. Es ist aber für viele erstaunlich, dass man in Südafrika – im Gegensatz etwa zum Ostblock – immer noch mit vielen Leuten und Kreisen zumindest ungehindert und offen sprechen kann.”

Frage: Das heisst, Sie sind zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden kann?

Brunner: “Ich bin nicht zu optimistisch. Nüchternheit ist allein schon vonnöten, um Dummheiten zu verhindern. Aber das Ziel ist es wert, sich dafür einzusetzen.”

Kasten: Ad hoc Gruppe

Arbeitsgruppe Südafrika im EDA, Leitung Minister Jenö Stähelin; nimmt Kontakt auf mit interessierten Kreisen, “von Wirtschaftsvertretern über Kirchen, Parteien bis hin zu Freunden Südafrikas”; erste Aufgabe: einen umfassenden, aussagekräftigen Bericht über die Schweizer SA-Beziehungen erstellen. Anfang 1987 sollen Leute ans Kap gesandt werden, um dort intensive Kontakte zwecks Bestandesaufnahme zu pflegen. Davon verspricht sich Brunner Anhaltspunkte für den Entscheid, was seitens der Schweiz getan und was nicht getan werden kann. Die Gruppe soll “positive Vorschläge für das Handeln der Schweiz” erarbeiten.”

(St.Galler Tagblatt, 24-12-86/ “Presseschau”)

30-12-86 1-ZA

HEKS kündigt Zusammenarbeit mit SBG

Heks hat Geschäftsbeziehungen mit SBG aufgelöst

(Tages-Anzeiger, 30.12.86/ “Presseschau”)

31-12-86 1-ZA

Exxon to spin off its SA operations

Exxon announced that it would spin off its operations in South Africa into a trust arrangement that will dedicate part of its profits to funding social programs.

(Int. Her. Trib. (US) 31.12.86)

Diese Chronologie wurde in von der 'Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika' mitfinanziert.